



# IGB

## FRONTLINE-KAMPAGNEN UND VIER AKTIONSSÄULEN 2022

RECHTE STATT UNTERDRÜCKUNG  
DEMOKRATIE STATT DIKTATUR  
FREIHEIT STATT FASCHISMUS  
SOLIDARITÄT STATT SPALTUNG  
SICHERHEIT STATT AUSBEUTUNG  
STEUERN STATT SPARMASSNAHMEN  
VERTRAUEN STATT VERZWEIFLUNG  
GERECHTIGKEIT STATT UNGLEICHHEIT  
MUT STATT ANGST

99% STATT 1%

EIN NEUER SOZIALVERTRAG FÜR ERHOLUNG UND RESILIENZ  
UNSERE ARBEIT KLIMA- UND BESCHÄFTIGUNGSSICHER MACHEN MIT  
GERECHTEN ÜBERGÄNGEN  
DEMOKRATIEN FÜR DIE MENSCHEN





# Inhalt

Vorwort	5
Frontline-Kampagnen des IGB	6
<b>Ein neuer Sozialvertrag für Erholung und Resilienz</b>	6
<b>Unsere Arbeit klima- und beschäftigungssicher</b>	9
<b>machen mit gerechten Übergängen</b>	12
<b>Demokratien für die Menschen</b>	
Säulen und Themenbereiche des IGB	15
<b>Frieden, Demokratie und Rechte</b>	15
Gefährdete Länder	
Migration und Sklaverei	
Frieden und Abrüstung	
<b>Regulierung der Wirtschaftsmacht</b>	18
Arbeitsplätze, geteilter Wohlstand	
Die Macht der Unternehmen	
Multilateralismus	
<b>Globale Verschiebungen – Gerechte Übergänge</b>	21
Industrieller Wandel und ein gerechter Übergang – Klima	
Industrieller Wandel – Zukunft der Arbeit	
<b>Gleichstellung</b>	24
Wirtschaftliche Integration von Frauen	
Organisieren gegen Diskriminierung und Ausgrenzung	
Anhang I	27
<b>Frontlines und Säulen im Überblick</b>	27
Anhang II	28
<b>Ziele und Zielvorgaben für nachhaltige Entwicklung – Gewerkschaftsprioritäten</b>	28





# Vorwort

Der IGB-Weltkongress in Kopenhagen hat uns einen ehrgeizigen Auftrag erteilt, mit vier Säulen als Rahmen für unsere strategischen Pläne bis 2022. Organisationsarbeit, die darauf abzielt, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Macht zu verschaffen, ist seit jeher unerlässlich für eine erfolgreiche Arbeit, und die verheerenden Auswirkungen von Covid-19 haben uns dies deutlich in Erinnerung gerufen. Bei unserem Kampf für einen neuen Sozialvertrag, der den sozialen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Folgen der Pandemie Rechnung trägt, ist Organisationsarbeit, die darauf abzielt, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Macht zu verschaffen, sogar von noch größerer Bedeutung für die Durchsetzung unserer fünf globalen Forderungen mit Blick auf Erholung und Resilienz neben weiteren länderspezifischen Prioritäten.

- **Arbeitsplätze: Klimafreundliche Arbeitsplätze mit gerechten Übergängen – ein Beschäftigungsplan in jedem Land.**
- **Rechte: Die Zusicherung in der ILO-Jahrhunderterklärung von Rechten und Schutzmaßnahmen für alle arbeitenden Menschen, ungeachtet ihres Beschäftigungsverhältnisses und einschließlich des Arbeitsschutzes.**
- **Universeller Sozialschutz: Sozialschutz für alle mit einem globalen Sozialschutzfonds für die ärmsten Länder.**
- **Gleichstellung: Einkommensgleichheit, Gleichstellung der Geschlechter und keine Diskriminierung aus rassistischen Gründen.**
- **Inklusion: eine friedliche Welt mit einem rechtebasierten Entwicklungsmodell, das durch die SDGs und die Reform des multilateralen Systems verwirklicht wird.**

Angesichts von Arbeitsplatzverlusten in einem Umfang von mehr als 250 Millionen im Jahr 2020 und bis zu 130 Millionen verloren gegangenen oder gefährdeten Arbeitsplätze im Jahr 2021 sowie rund zwei Milliarden informell Beschäftigten, die tagtäglich ums Überleben kämpfen, sind die menschlichen Kosten der Covid-19-Pandemie erschütternd. Während wir den Beschäftigten in systemrelevanten Bereichen, mehrheitlich Frauen, die jeden Tag ihr Leben riskieren, Tribut zollen, kämpfen wir dafür, ihre Arbeitsplätze mit gerechten Löhnen und sicheren Bedingungen zu schützen. Wir sind uns aber auch bewusst, dass Armut und Ungleichheit zugenommen haben und nur abgebaut werden können, wenn sich die Länder zu Vollbeschäftigung, existenzsichernden Mindestlöhnen, Tarifverhandlungen und Sozialschutz für alle verpflichten. Menschenwürdige Arbeit wird nur dort garantiert sein, wo grundlegende Rechte geachtet werden. Wir werden uns außerdem dafür einsetzen, dass der Arbeitsschutz bei der ILO-Konferenz 2022 als grundlegendes Recht verankert wird.

Finanziert werden muss diese Erholung durch Steuerreformen, Schuldenerleichterungen oder -erlasse sowie eine gerechte Verteilung der Sonderziehungsrechte und zielgerichtete Unterstützung für Entwicklungsländer, auch hinsichtlich des sozialen Schutzes. Mit Sparmaß-

nahmen ist das nicht zu schaffen! Machtmonopole und die Ausbeutung arbeitender Menschen müssen durch Rechtsstaatlichkeit und ein Ende unternehmerischer Straffreiheit ausgemerzt werden, u.a. durch eine obligatorische Sorgfaltspflicht.

In Anbetracht der Kontaktbeschränkungen zur Verlangsamung der Ausbreitung des Virus haben die Gewerkschaften die Technologie für die Organisations- und Kampagnenarbeit genutzt. Es ist möglich, die Mitglieder in den Kampf für einen neuen Sozialvertrag für Erholung und Resilienz einzubeziehen und neue Mitglieder zu gewinnen, und wir werden im Jahr 2022 vor der Herausforderung stehen, diese Kapazitäten auszubauen, um die Organisationsarbeit vor Ort mit technischen Mittel zu verknüpfen. Der IGB hat zudem seine Kompetenzen und Kapazitäten ausgeweitet, um unseren Regionalorganisationen, Globalen Gewerkschaftsföderationen und Mitgliedsorganisationen virtuelle Schulungsmaßnahmen und virtuelle organisatorische Unterstützung anzubieten.

Diese Zusammenfassung der strategischen Prioritäten und Pläne des IGB gibt einen Überblick über die vier Säulen: Frieden, Demokratie und Rechte; Regulierung der Wirtschaftsmacht; Globale Verschiebungen – Gerechte Übergänge; Gleichstellung. Dies sind die zentralen Aufgaben für den IGB, und jede Säule umfasst Themenschwerpunkte mit Zielen, an denen wir unsere Fortschritte in Richtung auf einen ambitionierten neuen Sozialvertrag messen und über die wir dem Vorstand Bericht erstatten. Die Pläne für 2022 konzentrieren sich auf die Erzielung von Fortschritten bei der Schaffung der Grundlagen für den nächsten IGB-Weltkongress 2022, eingerahmt von unseren Forderungen nach einem neuen Sozialvertrag.

Die drei Frontline-Kampagnen beinhalten die wichtigsten Ambitionen der einzelnen Säulen und fassen die öffentlichen Forderungen zusammen, die durch abgestimmte globale Maßnahmen durchgesetzt werden sollen.

- **Ein neuer Sozialvertrag für Erholung und Resilienz**
- **Unsere Arbeit klima- und beschäftigungssicher machen mit gerechten Übergängen**
- **Demokratien für die Menschen**

Die Gewerkschaftsmitglieder sind von zentraler Bedeutung für den Erfolg der Frontline-Kampagnen, indem sie aktiv werden, um Fortschritte bezüglich des Sozialvertrages zu erzielen und für einen gerechten Übergang zu sorgen, während wir versuchen, den Klimanotstand in den Griff zu bekommen, um den Planeten zu stabilisieren und das Vertrauen in die Demokratie wiederherzustellen.

Die Arbeitnehmer\*innen und ihre Gewerkschaften stehen an vorderster Front der Bemühungen um einen neuen Sozialvertrag für Rechte, Erholung und die mit geteiltem Wohlstand einhergehende Resilienz. Dort, wo Machtmonopole in Frage gestellt oder die Menschen- und Arbeitnehmerrechte verletzt werden, sind die Gewerkschaften zur

Stelle. Ohne Gewerkschaften wird es keinen gerechten Übergang bei der Bewältigung des Klima- und Technologiewandels geben. Und dort, wo für Frieden und Demokratie gekämpft wird, werden sich Gewerkschafter\*innen Gehör verschaffen, um Rechte und eine Vertretung zu fordern.

Wir werden niemanden zurücklassen. Frauen, Arbeitsmigrant\*innen, Beschäftigte im informellen Sektor, Arbeitskräfte von Plattformunternehmen, Arbeitnehmer\*innen, die ihren Arbeitsplatz durch den Klima- oder technologischen Wandel verlieren könnten, oder andere marginalisierte oder diskriminierte Beschäftigte – all diejenigen, die durch das endlose Profitstreben ausgebeutet werden oder durch Untätigkeit beim Klimaschutz oder neue Technologien Gefahren ausgesetzt sind, müssen im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen. Ohne Sicherheit und Hoffnung fühlen sich viele Menschen von den falschen Versprechungen der extremen Rechten angezogen.

Die Jahrhunderterklärung der ILO skizziert die Grundlagen eines neuen Sozialvertrages, und dies wurde bei der IAK im Jahr 2021 mit der ILO-Entschließung zur Reaktion auf Covid bekräftigt. Die nachhaltigen Entwicklungsziele weisen einen Weg in Richtung auf eine resiliente Zukunft ohne Armut und ohne CO2-Emissionen, die auf Rechten basiert und gerecht ist, aber ohne Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit ist nichts davon zu erreichen. Mit dem Fokus auf unseren vier Aktionssäulen und unseren drei Frontline-Kampagnen verfügen wir über eine beachtliche Agenda.

Der Vorstand erhält jedes Jahr einen Fortschrittsbericht und beschließt die Prioritäten für das nächste Jahr. Die gewählte Führungsgruppe berät uns und hilft uns dabei, unsere Arbeit und die unserer Regionen zu evaluieren. Diese Gremien spiegeln unsere globale Reichweite und unsere Vielfalt wider.

In Zusammenarbeit mit unseren Mitgliedsorganisationen, den regionalen Strukturen und den GUFs können wir arbeitende Menschen überall organisieren und deutlich machen, dass unsere gespaltene Welt durch die Macht der Arbeitnehmer\*innen verändert werden kann.

Unsere Ambitionen mit Blick auf eine gerechte Welt mit einem Wirtschaftsmodell, bei dem Rechte und geteilter Wohlstand verwirklicht werden, sind realisierbar. Covid-19 hat arbeitenden Menschen vor Augen geführt, wie dringend notwendig eine Reform des Wirtschaftsmodells ist, mit einem neuen Sozialvertrag und globaler Solidarität für Gesundheit und eine nachhaltige Entwicklung. Dies muss ein Ende des Impfnationalismus mit nicht nur einer befristeten TRIPS-Ausnahmeregelung, sondern mit Produktionskapazitäten und einem Wissens- und Technologieaustausch an wesentlich mehr Standorten in aller Welt beinhalten. Niemand ist in Sicherheit, bis nicht alle in Sicherheit sind.

**Sharan Burrow**  
Generalsekretärin

# Frontline-Kampagne: Ein neuer Sozialvertrag für Erholung und Resilienz

**Arbeitsplätze** Sozialschutz für alle  
Ein Mindestmaß an Schutz für Arbeitende Vereinigungsfreiheit  
**Sozialer Dialog** Löhne Lohnungleichheit  
**Gestärkte Tarifverhandlungen** Teilhabe von Frauen  
**Gerechte Übergänge**  
UN-Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte  
**Obligatorische Sorgfaltspflicht**

**51%**

der Menschen halten einen  
angemessenen Mindestlohn  
jetzt für wichtiger als vor  
der Pandemie.

WELTWEITE UMFRAGE DES IGB 2021

## Überblick

Ohne die Aussicht auf einen neuen Sozialvertrag, der diese fünf Forderungen erfüllt, kann das Vertrauen in eine gerechte Erholung nicht wiederhergestellt werden.

- Arbeitsplätze: Klimafreundliche Arbeitsplätze;
- Rechte;
- Universeller Sozialschutz;
- Einkommensgleichheit, Gleichstellung der Geschlechter und keine Diskriminierung aus rassistischen Gründen;
- Inklusion.

Das Weltwirtschaftsmodell lässt erwerbstätige Menschen im Stich. Covid-19 hat die Frakturen verdeutlicht, die bereits zuvor Verzweiflung und Wut geschürt hatten: Ungleichheit mit sinkenden Löhnen und unzureichendem Sozialschutz, Unsicherheit eines zerrütteten Arbeitsmarktes mit mehrheitlich informellen oder prekären Beschäftigungsverhältnissen, Zusammenbruch von Lieferketten, ungleichmäßige Erholung, skandalöse Unterfinanzierung der Gesundheitsversorgung und Pflege sowie Niedriglöhne für systemrelevante Beschäftigte, größtenteils Frauen und Wanderarbeitskräfte, die unsere Gemeinschaften in der Krise zusammenhalten.

Die Bemühungen um Erholung und Resilienz gegenüber weiteren Erschütterungen müssen im Jahr 2022 die Forderungen der Gewerkschaftsbewegung nach einem neuen Sozialvertrag sowie länderspezifische Prioritäten der Mitgliedsorganisationen beinhalten.

Wir wissen, dass Regierungen, die sich zu Beschäftigungsplänen verpflichten, einschließlich klimafreundlicher Arbeitsplätze und Investitionen in Gesundheit, Pflege und Betreuung, Infrastruktur, eine nachhaltige Landwirtschaft, lebenswerte Städte, Bildung, Kompetenzen und lebenslanges Lernen, dazu beitragen werden, das Vertrauen wiederherzustellen. Sozialschutz für alle, wesentliche öffentliche Dienstleistungen und die Erfüllung unserer Forderung

nach einem Globalen Sozialschutzfonds können für die Sicherheit und Resilienz sorgen, die arbeitende Menschen wollen.

Das Versäumnis von Regierungen, in die Menschen zu investieren, beruht auch auf der Macht und Profitgier riesiger globaler Konzerne, die politische Entscheidungsträger eingenommen haben, obwohl diese Konzerne im Widerspruch zu den Rechten und der Sicherheit der Menschen handeln. 94% der weltweit in Lieferketten tätigen Arbeitnehmerschaft arbeiten im Verborgenen, wobei undurchsichtige Geschäftsverträge Ausbeutung und Unterdrückung, einschließlich moderner Sklaverei, ermöglichen. Es ist an der Zeit, unternehmerischer Straffreiheit durch eine obligatorische Sorgfaltspflicht und Maßnahmen zur Einhaltung der Vorschriften ein Ende zu setzen, Beschwerden nachzugehen und für Abhilfe zu sorgen.

Diesem Unternehmensmodell fehlt es offensichtlich an Resilienz, wenn profitable Unternehmen gerettet werden müssen, weil sie noch nicht einmal über Rücklagen für drei Monate verfügen. Trotz der Rettungsaktionen sind viele Lieferketten zusammengebrochen und viele Arbeitsplätze verloren gegangen. Das Auslaufen der Unterstützung hat die Schwachstellen unsicherer Arbeitsverhältnisse deutlich gemacht, vor allem im Falle von Beschäftigten in Kleinbetrieben und Selbstständigen. Am stärksten betroffen sind Frauen, mit geschätzten Einkommensverlusten in Höhe von 800 Milliarden Dollar, was dem gesamten BIP von 98 Ländern entspricht. Zwei Drittel aller arbeitslosen jungen Menschen sind junge Frauen, die auch keine allgemeine oder berufliche Ausbildung durchlaufen.

Die üblichen niedrigen Löhne, Kurzzeit- oder prekären Verträge und die oftmals unsicheren Arbeitsumgebungen, die in Lieferketten vorherrschen, sowie das Fehlen eines ordnungspolitischen Umfelds und einer sozialen Absicherung zur Formalisierung informeller Tätigkeiten können keine Basis für Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit sein, die das nachhaltige Entwicklungsziel 8 fordert. Ebenso wenig können wir die zunehmenden Plattformunternehmen akzeptieren, die die Technologie dazu benutzen, um sich jeglicher Verantwortung in Beschäftigungsfragen und auch anderen Verpflichtungen zu entziehen.

---

Es gibt gute Beispiele für Gewerkschaften, die dabei sind, vor dem Hintergrund der Pandemie Fortschritte bezüglich des Sozialvertrages zu erzielen, aber überall stoßen Mitgliedsorganisationen auf Schwierigkeiten, wenn es darum geht, diese Errungenschaften zu erhalten und darauf aufzubauen. Eine durch die Verweigerung der Vereinigungsfreiheit und Ausbeutung angetriebene Wirtschaft ist inhuman und stellt eine sowohl wirtschaftliche als auch politische Gefahr dar, weil sie die Menschen in den Rechtsextremismus treibt. Die Welt ist heute mehr als dreimal reicher als vor 20 Jahren, aber rund 55% der Menschen sind dennoch nicht sozial abgesichert, mehr als 70% der Menschen wird ein umfassender Sozialschutz nach wie vor verweigert, und 79% der Länder haben Verletzungen des Rechtes auf Tarifverhandlungen zugelassen: Dadurch wird gezielt Ungleichheit geschürt.

Der neue Sozialvertrag mit unseren fünf zentralen Forderungen muss durch Sozialschutz für alle und ein Mindestmaß an Schutz für Arbeitende untermauert werden, einschließlich der in der Jahrhundertklärung der ILO enthaltenen vier Elemente:

- ILO-Grundrechte
- Arbeitsschutz, der auch zu den ILO-Grundrechten gezählt werden muss;
- Angemessene oder existenzsichernde Mindestlöhne;
- Obergrenzen für die Arbeitszeit

Diese Schutzmaßnahmen gelten für alle Arbeitnehmer\*innen, einschließlich informell, selbstständig und bei Plattformen Beschäftigter, und es muss für Sozialschutz für alle arbeitenden Menschen gesorgt werden.

Über diese Basis hinaus müssen Beschäftigungspläne, Arbeitsplätze mit dem Recht auf den Beitritt zu einer Gewerkschaft und auf Tarifverhandlungen, existenzsichernde Mindestlöhne

und Sozialschutz zentrale Elemente eines neuen Sozialvertrages sein.

Das nachhaltige Entwicklungsziel 8, Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum, wird 575 Millionen neue Arbeitsplätze und die Formalisierung von mindestens einer Milliarde informellen Tätigkeiten erfordern. Darüber hinaus muss Kinderarbeit ein für alle Mal beendet werden, mit guter Arbeit und sozialer Absicherung für die Eltern und hochwertigen öffentlichen Bildungsangeboten für alle Kinder.

Eine transformative Agenda für Frauen ist unerlässlich, um Gleichstellung zu erreichen. Die Parität der Geschlechter könnte der Weltwirtschaft etwa 13 Billionen Dollar zusätzlich einbringen. Außerdem sind die Einbeziehung junger Menschen und anderer ausgegrenzter Beschäftigter sowie ein gerechter Übergang mit Blick auf Klimaschutz und technologische Entwicklungen für eine gerechte Zukunft unbedingt erforderlich.

Die Finanzierung einer gerechten Erholung erfordert eine Steuerreform zur Bezahlung unerlässlicher öffentlicher Dienstleistungen und zur Ermöglichung von Investitionen in Arbeitsplätze, in Pflege und Betreuung, in die Infrastruktur, das Verkehrswesen, Sozialwohnungen, lebenswerte Städte, die Sanierung von Ökosystemen – all dies ist von zentraler Bedeutung für eine nachhaltige Erholung. Und globale Solidarität muss mit der Verpflichtung zu einem Globalen Sozialschutzfonds für die ärmsten Länder beginnen.

Für Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Regeln sind die Regierungen verantwortlich. Außerdem ist es ihre Aufgabe, Gewerkschaften und Arbeitgeber zum sozialen Dialog einzuberufen, um sicherzustellen, dass die Elemente des neuen Sozialvertrages vereinbart und geliefert werden.

Ausbeutung durch Arbeitgeber kann nicht toleriert werden. Ein verantwortungsvolles Unternehmensverhalten bedeutet, dass alle Arbeitgeber sicherstellen müssen, dass der Mindestschutz für Arbeitende bei ihren Geschäften umgesetzt und der Tarifprozess gestärkt wird. Über die Gleichbehandlung von Frauen und allen vom Arbeitsmarkt oder von sicheren Arbeitsverhältnissen ausgeschlossenen Beschäftigten sowie über Maßnahmen für einen gerechten Übergang mit Blick auf sowohl Klimaschutz als auch technologische Entwicklungen muss im Rahmen des sozialen Dialogs mit den Gewerkschaften verhandelt werden.

Für die internationalen Finanzinstitutionen bedeutet dies, dass ihre Strategien und Auflagen Arbeitsplätze, Rechte oder den sozialen Schutz nicht untergraben dürfen. Schuldenerleichterungen, eine gerechte Verteilung der aus Sonderziehungsrechten resultierenden liquiden Mittel und sonstige finanzielle Unterstützung müssen weiterhin für bedürftige Länder zur Verfügung stehen. Investitionen in die Elemente eines neuen Sozialvertrages zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele sollten die einzige Auflage sein.

Für die ILO bedeutet es, im Mittelpunkt der internationalen Politikgestaltung zu stehen und eine Führungsrolle zu übernehmen, deren Beispiel andere Institutionen folgen müssen – mit multilateralen Reformen, die sicherstellen, dass Menschen- und Arbeitnehmerrechte sowie Umweltnormen das Fundament ihrer Strategien und Maßnahmen bilden, einschließlich Handelsreformen.

Ein neuer Sozialvertrag wird für entscheidende Fortschritte hinsichtlich der nachhaltigen Entwicklungsziele sorgen, die der IGB-Kongress in Kopenhagen als Prioritäten herausgestellt hat.



# Ein neuer Sozialvertrag für Erholung und Resilienz





# Ein neuer Sozialvertrag für Erholung und Resilienz

<b>GLOBALE EBENE:</b>	Mindestschutz für Arbeitende mit angemessenen Mindestlöhnen, Grundrechten, Arbeitsschutz, Höchstgrenzen für die Arbeitszeit.	UN-Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte, Regulierung für verantwortungsvolles Unternehmensverhalten.	Regulierung und Ordnungsrahmen für Technologieunternehmen.	UNFCCC Pariser Abkommen.	Gleichberechtigte wirtschaftliche Teilhabe von Frauen.	Ratifizierung von Ü 190. Arbeitsschutz als Grundrecht.	ILO-Zwangsarbeitsprotokoll. Inkraftsetzung globaler Norm zur Formalisierung der Arbeit.	Garantien für berufliche Bildung und lebenslanges Lernen.
<b>NATIONALE EBENE:</b>	Mindestlohnengesetze/-erhöhungen. Sozialschutz für alle.	Sorgfaltspflichtgesetze. Beschwerde- und Abhilfemöglichkeiten. Gesetzesreform.	Rechte und Datenschutz in digitalen Unternehmen. Pläne für einen gerechten Übergang beim Technologiewandel	Pläne für einen gerechten Übergang beim Klimaschutz.	Gesetzliche Regelung der Lohngleichheit. Pläne für die Pflegewirtschaft.	Gesunde und sichere Arbeitsplätze frei von Gewalt und Belästigung.	Rechte für Wanderarbeitkräfte und Flüchtlinge. Formalisierung informeller Arbeit.	Investitionen in Qualifikationen, berufliche Bildung und lebenslanges Lernen.
<b>Globale Architektur:</b>	1. ILO-Jahrhunderterklärung mit Mindestschutz für Arbeitende als Kernstück.	2. Sorgfaltspflichtgesetze, u.a. EU- sowie weitere Länder.	3. UN-Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte.	4. ILO: Arbeitsschutz als grundlegendes Recht.	5. Regulierung und Besteuerung großer Technologieunternehmen			

## International

### Covid-19 — Erholung und Resilienz:

Globale Lobby- und Medienarbeit mit Blick auf die Antworten von Regierungen und Arbeitgebern auf die wirtschaftlichen, arbeitsplatzbezogenen und gesundheitlichen Folgen des Virus und seine Auswirkungen auf systemrelevante Beschäftigte, einschließlich Frauen, informell Beschäftigter und Wanderarbeitkräften. Arbeitsschutz als grundlegendes Recht.

### Globaler Sozialschutzfonds:

Medien- und Lobbyarbeit zugunsten eines Fonds für am wenigsten entwickelte Länder.

### Kampagne für die Zerschlagung von Amazon:

Datenschutz, Überwachung der Beschäftigten sowie Regulierung des Machtmonopols und gerechte Besteuerung.

**ILO-Ü 190-Kampagne:** Für eine Arbeitswelt ohne Gewalt und Belästigung.

### UN-Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte, Regulierung und Besteuerung großer Technologieunternehmen:

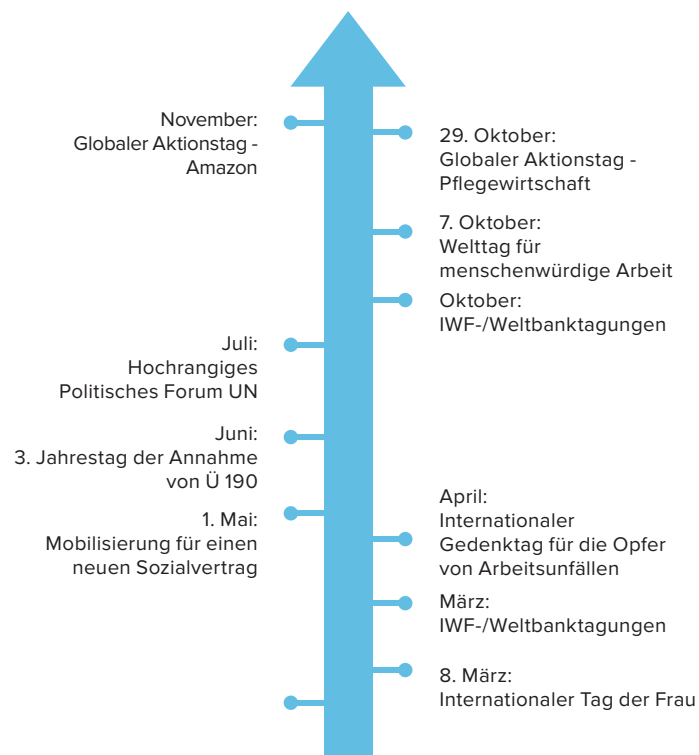
Kampagne und Lobbyarbeit gegenüber G20, OECD, EU und auf nationaler Ebene.

**Medien/Soziale Medien:** Aufdeckung unternehmerischer Profitgier und warum wir einen neuen Sozialvertrag brauchen.

### Time 2 Act (Digitales Aktionszentrum):

Forderungen nach einem neuen Sozialvertrag und 2022 erzielte Erfolge, Regulierung großer Technologieunternehmen.

**Rechtliche Ebene:** OECD-Beschwerden, ILO-Klagen, Rechtsberatungsstellen und fallspezifische Unterstützung.



## Vor Ort

**Covid-19:** Nationale Kampagnen mit Blick auf die Antworten von Regierungen und Arbeitgebern auf die wirtschaftlichen, arbeitsplatzbezogenen und gesundheitlichen Folgen des Virus, inkl. Schaffung von Arbeitsplätzen, Maßnahmen zur Einkommensstützung sowie Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit. Anerkennung von Covid-19 als Berufskrankheit.

**“Just Jobs“-Kampagne für gerechte Arbeitsplätze:** Beschäftigungspläne in 10 Ländern und eine globale Kampagne für 575 Millionen neue Arbeitsplätze und die Formalisierung einer Milliarde Jobs in der informellen Wirtschaft.

**Lohn- und Sozialschutzkampagnen:** Asien kämpft für 50 -> ASEAN, 100% Afrika -> AU, Cerral La Brecha Mittelamerika -> EU, Osteuropa-Lohnkampagne -> EU. Innerstaatliche Kampagnen zugunsten eines Globalen Sozialschutzfonds. Investitionen in die Pflegewirtschaft und Schaffung von Arbeitsplätzen.

**Kampagne für die Zerschlagung von Amazon:** Organisatorische Unterstützung mit GUFs.

**Sorgfaltspflichtgesetze (UN-Leitprinzipien):** Kampagnen und Lobbyarbeit.

**Organisierung:** Unterstützung mit Blick auf Löhne, menschenwürdige Arbeit und Sozialschutz.

**Rechtliche Ebene:** Reform innerstaatlicher Gesetze: z.B. Bangladesch, Brasilien, Guatemala, Ungarn, Indien, Indonesien, Kirgisistan, Ukraine.

**Beobachtung:** Plattform-Beschäftigte und Telearbeitnehmer\*innen – Skandale aufdecken, Rechtsfälle, Organisationsziele - Auslotung Pflegesektor und Journalismus-Branche.

**Beobachtung:** Lieferketten – Skandale aufdecken, Wiederaufbaupläne, Rechtsfälle, Organisationsziele - Unternehmensspezifische Ziele, Lebensmittelindustrie, Vertragsbrüche aufgrund von Covid-19. Zukunft der Arbeit und Wiederaufbaupläne in gefährdeten Bereichen (Luftfahrtbranche, Gastgewerbe, Fertigung) zusammen mit GUFs.

## Globale Ebene

## Schlüsseltermine und -aktivitäten 2022

Die Termine sind noch zu bestätigen und werden im Februar 2022 aktualisiert.

## Nationale Ebene

# Frontline-Kampagne: Unsere Arbeit klima- und beschäftigungssicher machen mit gerechten Übergängen

**1,5°C** Menschenwürdige Arbeitsplätze auf einem lebenden Planeten  
Gerechter Übergang **Netto-Null-Emissionen**  
Klimasichere Industrien **Infrastruktur-Investitionen**  
**Staatliche Ambitionen**  
**Transparenz der Investitionen**  
Nationale Entwicklungspläne

**Durch Investitionen in öffentliche Verkehrsmittel werden pro Dollar 1,4-mal mehr Arbeitsplätze geschaffen als durch den Bau von Straßen.**

**IGB, WORLD RESOURCE INSTITUTE:  
UNTERSUCHUNG ZUM THEMA KLIMA UND  
ARBEITSPLÄTZE**

## Überblick

Mit Blick auf die Stabilisierung des Planeten befinden wir uns mittlerweile in einem Wettlauf gegen die Zeit. Der 2021 veröffentlichte IPCC-Bericht macht deutlich, dass wir bei der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens alles andere als auf Kurs sind. Die Emissionen müssen bis zum Jahr 2030 um mehr als 50% reduziert werden. Das bedeutet, dass jeder Sektor einen Übergang zu sauberen Energiequellen und anderen Technologien durchmachen muss. Sicherheit für arbeitende Menschen und ihre Gemeinschaften erfordert einen gerechten Übergang.

Die Folgen der globalen Erderwärmung bekommen wir schon jetzt zu spüren, mit Hitzerekorden in Verbindung mit rapide schmelzenden Gletschern und Eisplatten, "Polarwirbeln", häufigen Waldbränden und Überschwemmungen, vergifteten Weltmeeren und Flüssen und dem Verlust an biologischer Vielfalt. Millionen Klimaflüchtlinge sind vor Katastrophen geflohen und haben ihre Existenzgrundlagen verloren. Die sozialen und wirtschaftlichen Kosten steigen.

Uns bleiben nur noch neun Jahre, aber die Regierungen übernehmen keine Verantwortung für das ambitionierte Vorgehen, das jetzt unerlässlich ist. Jede Regierung muss ihren Anspruch erhöhen und innerstaatliche Entwicklungspläne festlegen, die Maßnahmen für einen gerechten Übergang zum Schutz der Arbeitnehmer, ihrer Familien und ihrer Gemeinschaften beinhalten. Jeder Arbeitgeber muss über einen Plan verfügen, wie er seine Geschäftstätigkeiten klimasicher machen kann, und im Mittelpunkt dieser Pläne müssen Maßnahmen für einen gerechten Übergang stehen. Zu viele Regierungen verstecken sich hinter Covid-19, anstatt in eine Erholung zu investieren, die für Arbeitsplätze in einer nachhaltigen Zukunft sorgt.

Die Gewerkschaften müssen auf allen Ebenen in den Dialog einbezogen werden, um sicherzustellen, dass Maßnahmen für einen gerechten Übergang vereinbart werden und geeignet sind, den Menschen Vertrauen in einen Prozess zu schenken, von dem sie wissen, dass er dringend notwendig ist. Ohne einen gerechten Übergang werden die erforderlichen Ambitionen durch Ängste blockiert, Ängste, die häufig durch unternehmerische Profitgier und Lobbyarbeit, extremistische Politiker und Rechtsverletzungen geschürt werden.

2020 war das Jahr, in dem sich die Regierungen erneut zu ehrgeizigen Emissionssenkungen im Einklang mit dem Pariser Abkommen verpflichten mussten. Dadurch, dass die COP26 vertagt wurde, war 2021 größtenteils ein verlorenes Jahr. Das nächste Jahr ist besonders wichtig, um von Politikern, Arbeitgebern und Investoren weitere konkrete Maßnahmen zu fordern, die nicht nur auf dem Papier stehen.

Schülerinnen und Schüler sind weiter aktiv, und wir müssen es ihnen gleichtun. Wir werden mit Blick auf einen gerechten Übergang in sämtlichen Sektoren gegenüber Regierungen und Arbeitgebern mobilisieren. CEPOW 2021, der Aktionstag für klima- und beschäftigungssichere Arbeit, hat zu erhöhten Forderungen in Betrieben geführt, und darauf werden wir bei unserem Kampf für Investitionen in klimafreundliche, gewerkschaftlich organisierte Arbeitsplätze, Umschulungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen sowie Sozialschutz aufbauen.

**Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze – die Alternative sind gute Arbeitsplätze auf einem lebenden Planeten.**



# Unsere Arbeit klima- und beschäftigungssicher machen mit gerechten Übergängen



Gerechte  
Übergangspläne  
für industriellen  
Wandel  
**2021**

Emissionen  
senken um 45%  
**2030**

Netto Null bis  
**2050**



Zentrum für einen gerechten Übergang



CEPOW



NDC-Wertungsliste



UN-Klimakonferenz

**DER WEG ZU EINEM GERECHTEN ÜBERGANG FÜHRT ÜBER HOHE  
AMBITIOMEN – MENSCHENWÜRDIGE ARBEITSPLÄTZE AUF EINEM  
LEBENDEN PLANETEN**

# Unsere Arbeit klima- und beschäftigungssicher machen mit gerechten Übergängen

## Globale Architektur:

UNFCCC/COP: Pariser Abkommen und national festgelegte Beiträge (NDCs), wirtschaftliche Diversifizierung und ein gerechter Übergang

Uno-Klima- und Beschäftigungsinitiative

ILO- Beschäftigungs- und Aktionsplattform

## International

**Bündnisse:** (Zivilgesellschaft, Anleger & Pensionsfonds, Städte, Wirtschaft)

Zivilgesellschaftliche/ nichtstaatliche Organisationen, Asset Owners Disclosure Project (AODP), UNPRI, CWC

NCE, C40, B Team, We Mean Business.

**Zentrum für einen gerechten Übergang:**

Unterstützung der Gewerkschaften bei Verhandlungen: national, Arbeitsplatz und Industrie, Stadt und Gemeinschaft.

**Medien/Soziale Medien:** NDC-Wertungsliste.

**Kampagne für klimasichere Arbeit:** Globaler Aktionstag - Juni

September:  
UNGA-Klimawoche

Mai:  
Organisieren für Klimagerechtigkeit und Jobs

November:  
COP27 Ägypten

Juni:  
CEPOW

## Vor Ort

**Rechtliche Ebene:** Unterstützung bei Rechtsfällen.

**Organisieren für Klimagerechtigkeit und Jobs:** Pilotkurs der Globalen Organisationsakademie (GOA).

**Dialoge für einen gerechten Übergang:** Sektoren: Schwerindustrie, Fertigung, Verkehr, Bau.

**Dialoge für einen gerechten Übergang:** Städte: Partnerschaft mit C40.

**Dialoge für einen gerechten Übergang:** Länder: z.B. Bulgarien, Brasilien, Kanada, Südafrika, Schottland, Indonesien.

**Tarifverträge für einen gerechten Übergang:** Betrieb, Sektor/Industrie + Lieferketten, Nationale Beschäftigungspläne (NDCs, SDGs).

**Finanzierung eines gerechten Übergangs:**

Unternehmen: Qualifizierungsmaßnahmen.

Regierung: Mittel für industrielle, regionale Entwicklung.

**Anhörungen von Arbeitnehmer\*innen:** Klimaschutz und gerechter Übergang.

**Kundgebung für Klimaambitionen:** Unterstützung virtueller Aktionen und persönlicher Veranstaltungen.

## Globale Ebene

## Schlüsseltermine und -aktivitäten 2022

Die Termine sind noch zu bestätigen und werden im Februar 2022 aktualisiert.

## Nationale Ebene

# Frontline-Kampagne: Demokratien für die Menschen

**Lebensstandards** Tarifverhandlungen  
**Datenschutz** Vertrauen wiederherstellen  
**Wählen** Rechenschaftspflicht **Zuhören**  
**Vereinigungsfreiheit** Schutz vor Überwachung  
**Streikrecht** Arbeitnehmer Rechte  
**Umwelt** Transparenz Rechtsstaatlichkeit  
**Jobs für Frauen und junge Menschen** Sozialschutz

54%

der Menschen sind der Meinung, dass ihre Regierung mehr tun sollte, um Arbeitsplätze für von der Pandemie betroffene Beschäftigte zu schaffen.

WELTWEITE UMFRAGE DES IGB 2021

## Überblick

Das Vertrauen in die Demokratie ist zerstört. Covid-19 hat ein Regierungsversagen in zu vielen Ländern deutlich gemacht, in denen die Regierungen die Bedürfnisse der Menschen vernachlässigt haben. Weniger als 50% der Weltbevölkerung leben in Demokratien, und selbst demokratisch gewählte Regierungen agieren zunehmend autoritär und zerstören das Vertrauen weiter. Mehr als ein Drittel der Menschen (36%) geben an, wütend oder verzweifelt zu sein, wenn man sie danach fragt, ob sie das Gefühl haben, dass ihre Regierung ihre Bedürfnisse und die ihrer Familie berücksichtigt.

Die Menschen wollen, dass ihre Regierungen die Regeln der Wirtschaft neu festlegen, um den Lebensstandard und die Sicherheit durch geteilten Wohlstand zu verbessern. Sie wollen, dass die Regierungen im Interesse der Menschen handeln. Sie wollen Arbeitsplätze, existenzsichernde Löhne, Rechte und Sozialschutz, solide öffentliche Dienstleistungen und Klimaschutz. Und sie wollen den Schutz ihrer Daten im Internet.

Der Wiederaufbau starker Demokratien macht es erforderlich, dass die Regierungen ihre Planung auf die Prioritäten der Menschen und ihre Berichterstattung auf die Gewährleistung von Rechenschaftspflicht und Transparenz sowie der Achtung der Rechtsstaatlichkeit ausrichten.

- Wenn die Menschen nicht erkennen können, wie das Vermögen ihrer Wirtschaft dazu genutzt wird, um für Beschäftigungswachstum und Vollbeschäftigung zu sorgen;
- wenn die Lebensstandards nicht auf existenzsichernden Mindestlöhnen und Tarifverhandlungen basieren, um menschenwürdige Arbeit zu garantieren;
- wenn Sozialschutz für alle und hochwertige öffentliche Dienstleistungen nicht das Bollwerk gegen Armut sind;
- wenn keine fairen Steuern erhoben und in unerlässliche öffentliche Dienstleistungen, u.a. kostenlose öffentliche Bildung, berufliche Bildung und lebenslanges Lernen, kostenlose Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung und Altenpflege, Wohnungswesen sowie in eine nachhaltige Infrastruktur investiert werden, so dass die Unternehmen ihren gerechten Anteil in dem Land zahlen, in dem sie ihre Gewinne erwirtschaften;
- wenn eine gleichberechtigte wirtschaftliche Teilhabe von Frauen und die Einbeziehung junger Menschen nicht garantiert sind;
- wenn grundlegende Menschen- und Arbeitnehmerrechte nicht in Kraft gesetzt werden, um unternehmerischer Ausbeutung und Straffreiheit durch eine obligatorische Sorgfaltspflicht mit Beschwerde- und Abhilfemöglichkeiten ein Ende zu setzen; und
- wenn die ökologische Verantwortung für massive Senkungen der Treibhausgasemissionen und den Schutz der biologischen Vielfalt, inklusive der Reinhaltung der Weltmeere und des Wassers, nicht ganz oben auf der politischen und legislativen Agenda stehen und Gegenstand jährlicher Rechenschaftsberichte sind, dann kann das Vertrauen niemals wiederhergestellt werden.

Wenn den Menschen zudem kein Wahlrecht und keine fairen Wahlbezirke und -verfahren garantiert werden und wenn sie nicht über die Wahlurne hinaus durch Konsultationen, dreigliedrige Strukturen und sozialen Dialog in Verbindung mit anderen Maßnahmen, die die Meinung der Gesellschaft berücksichtigen, eingebunden werden, dann wird der Vormarsch des Autoritarismus nicht zu kontrollieren sein, und rechtsextremistische Gruppen werden weiter diejenigen ködern, die sich ausgeschlossen fühlen.

Der Globale Rechtsindex des IGB zeigt, dass die demokratischen Spielräume schwinden: In 64 Ländern wurde die Rede- und die Versammlungsfreiheit während des Jahres 2021 verweigert oder eingeschränkt. Die Löhne und der soziale Schutz gehen zurück, und die Arbeitslosigkeit ist im Zuge der Pandemie eskaliert. Die für Frauen erzielten Fortschritte sind rückläufig, und junge Menschen haben Angst, dass sie nicht das erreichen können, was frühere Generationen erreicht haben.

Mehr Menschen gehen hungrig zu Bett als vor der Pandemie, und Millionen Menschen sind wieder in Armut versunken. Zwei Milliarden Menschen arbeiten ohne Sozialschutz im informellen Sektor. Jeder Tag, an dem es keine Arbeit gibt, stürzt sie ins Elend, und das obwohl die Zahl der Milliarden immer weiter wächst.

Durch Covid-19 sind Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen, und die Welt steht vor einer extrem ungleichmäßigen Erholung. Die Regierungen müssen in Arbeitsplätze investieren, in klimafreundliche Arbeitsplätze und Sozialschutz, um Sicherheit für die Menschen und die Wirtschaft zu garantieren.

**Es ist höchste Zeit, die Regierungen stärker zur Verantwortung zu ziehen.**

Diese Frontline-Kampagne beinhaltet eine Reihe von Forderungen an Regierungen. Die Mitgliedsorganisationen könnten diese prüfen und für Konsultationen mit ihren Regierungen ihren nationalen Gegebenheiten anpassen, um zu erörtern, worüber der Staat öffentlich berichten sollte, um Fortschritte anhand breiterer Kriterien als nur des BIP zu messen. Das würde dazu beitragen, partizipatorische Demokratie zu gewährleisten und die Forderung nach Gesetzen, die Transparenz und Rechenschaftspflicht garantieren, untermauern.

Die Kampagne liefert eine Agenda für die Auseinandersetzung mit den internationalen Finanzinstitutionen bezüglich ihrer Verantwortung dabei, die Schaffung demokratischer politischer Grundlagen zu unterstützen und Auflagen zu beenden, die den Sozialvertrag zerstören und ein Katalysator für soziale Unruhen sind.

Die Verpflichtung der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu demokratischen Rechten und Freiheiten bedeutet, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an vorderster Front des Kampfes gegen zunehmend autokratische Regierungen und die extreme Rechte stehen. Wir werden mit den Mitgliedsorganisationen und unseren Regionen zusammenarbeiten, um Länder ins Visier zu nehmen, in denen die Demokratie unter Beschuss geraten ist und die Arbeitnehmerrechte untergraben oder Menschen unterdrückt werden. Unternehmen, die Arbeitnehmerrechte verweigern und ihr Geschäftsmodell auf Ausbeutung gründen, müssen bloßgestellt und gewarnt werden, dass diese Praktiken nicht toleriert werden.





# Demokratien für die Menschen: Die Planung und Berichterstattung der Regierungen neu ausrichten

## Die Planung und Berichterstattung der Regierungen neu ausrichten

BUILDING THE POWER OF WORKING PEOPLE

### Lebensstandards

Lebenshaltungskosten  
Lohnwachstum  
Mindestlohn  
Durchschnittslohn  
Nationaler Armutsmaßstab

### Steuern, Sozialschutz & öffentliche Dienstleistungen

Angemessenheit und Umfang der Sozialschutzsysteme  
Umfang der Leistungen: Gesundheit, Bildung, Kinderbetreuung und Altenpflege  
Andere öffentliche Dienstleistungen  
Steuereinnahmen  
Steuergerechtigkeit

### Umwelt

Fortschritte in Richtung auf Netto-Null-Emissionen  
Arbeitsschutz  
Anpassung gewährleistet Klimaresistenz  
Vereinbarte Maßnahmen für gerechte Übergänge mit Blick auf Klima- und technologischen Wandel  
Ressourcenverwaltung zum Schutz der Grenzen des Planeten  
Verringerung der Umweltverschmutzung, auch der Luft, des Wassers und der Weltmeere  
Stärkung der biologischen Vielfalt

V  
E  
R  
T  
R  
A  
U  
E  
N

### Wirtschaft

BIP  
BIP pro Kopf  
Handelsbilanz  
Ungleichheit  
Nettobeschäftigungswachstum/Vollbeschäftigung  
Geschlechtsspezifisches Beschäftigungsgefälle

### Demokratische Rechte und Freiheiten

Menschenrechte  
Arbeitnehmerrechte  
Recht auf Protest und Redefreiheit  
Datenschutz und Schutz vor Überwachung  
Demokratie am Arbeitsplatz  
Tarifverhandlungen

### Engagement der Menschen

Politikberatung  
Wahlrecht  
Dreigliedrige Institutionen und Prozesse  
Gemeindeversammlungen mit führenden Regierungsvertretern  
Institutionen und Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung  
Internetzugang und elektronischer Zugang zur Regierung, um Transparenz zu gewährleisten

TRANSPARENZ UND RECHENSCHAFTSPFLICHT  
RECHTSSTAATLICHKEIT



# Demokratien für die Menschen

Transparenz und  
Rechenschaftspflicht der  
Regierung

Rechte und  
Rechtsstaat-  
lichkeit

Institutionen, die  
den Menschen  
dienen

Allgemeines Wahlrecht  
und Konsultation der  
Bevölkerung

Vertrauen  
schaffen

**Globale Architektur:** Charta für Demokratie – Mehr als BIP

## International

### Kampagne für gefährdete

**Länder:** Schnelle  
Reaktionsfähigkeit bei  
Zusammenbruch der  
Rechtsstaatlichkeit.

### Rechenschaftspflicht der Regierung messen:

Aufforderung an  
Regierungen, sich zu einer  
stärkeren Einbeziehung  
der Menschen zu  
verpflichten, und bessere  
Politikgestaltungslektionen  
aus Covid-19.

### Nein zu Atomwaffen:

Unterstützung des  
Atomwaffensperrvertrages  
(NVV) und des Vertrages zum  
Verbot von Atomwaffen.

### Medien/Soziale Medien:

#DemocraciesAtRisk  
#DemocracyDefenders.

### Time 2 Act (Digitales

**Aktionszentrum):** Aktiv  
werden für die Demokratie.

**Berichte:** Weltweite Umfrage  
2022, Globaler Rechtsindex  
2022.

**Recherchen:** Länder-  
und Städtemodelle für  
die Einbeziehung der  
Menschen, nationale Dialoge,  
Bürgerversammlungen.

### Generationsübergreifende

**Konferenz:** Engagement  
zugunsten von gutem  
Regierungshandeln, Frieden  
und Demokratie.

November:  
G20-Gipfel

15. September:  
Internationaler Tag der  
Demokratie

Juni:  
G7-Gipfel

Juni:  
Globaler Rechtsindex  
des IGB

Januar:  
Konferenz zur  
Überprüfung des NVV

## Vor Ort

### Gewerkschaftsstrategien gegen Autoritarismus:

Unterstützung nationaler  
Strategien.

### Demokratie-Kampagnen:

unter Federführung von  
Gewerkschaften, z.B. in  
Belarus, Brasilien, Chile,  
Hongkong, Indien, Myanmar,  
Philippinen, VAE und  
Somalia.

### Anhörungen von Arbeitnehmer\*innen:

Gespräche über  
Demokratie und  
Arbeitnehmerforderungen,  
Fallstudien für den Mehr-als-  
BIP-Bericht.

## Globale Ebene

## Schlüsseltermine und -aktivitäten 2022

Die Termine sind noch zu bestätigen und werden im Februar 2022 aktualisiert.

## Nationale Ebene

# 1. Säule: Frieden, Demokratie und Rechte

## Überblick

Die bei der Gründung des IGB angenommene Grundsatzerklärung verpflichtet uns zur Förderung und zum Einsatz für den Schutz der Demokratie überall. Dies ist das einzige Fundament für demokratische Rechte und Freiheiten. Frieden hängt von Demokratie, menschenwürdiger Arbeit und einer Welt ohne Massenvernichtungswaffen sowie von Fortschritten bei der Abrüstung generell ab. Frieden, Demokratie und Rechte sind auch eine Basis für die Verwirklichung der SDGs.

Überall auf der Welt stehen die Gewerkschaften an vorderster Front bei Konflikten und Kämpfen für Frieden, demokratische Rechte und Freiheiten. Aus dem Globalen Rechtsindex des IGB geht eine zunehmende Zahl von Ländern hervor, in denen Konflikte, autoritäre und rechtsgerichtete Regierungen demokratische Spielräume, Rechte und Freiheiten zerstören, einschließlich Vereinigungsfreiheit, Tarifverhandlungen und Streikrecht, wie etwa Myanmar, Hongkong, Belarus, Brasilien, Türkei, Kolumbien, Bangladesch, Honduras, Haiti, Simbabwe und Eswatini. Durch die Solidarität unserer Mitgliedsorganisationen ist die Unterstützung für gefährdete Länder ein zentrales Element unserer Arbeit.

Für Beschäftigte, denen grundlegende Rechte verweigert werden, ist die Kampagne für ein Mindestmaß an Schutz für Arbeitende von entscheidender Bedeutung. Die ILO-Jahrhunderterklärung umreißt garantierte Rechte, einschließlich Gesundheit und Sicherheit als Grundrecht, existenzsichernder Mindestlöhne und

Höchstgrenzen für die Arbeitszeit für alle arbeitenden Menschen ungeachtet ihres Beschäftigungsverhältnisses. Der IGB und seine Mitgliedsorganisationen kämpfen dafür, dass der Arbeitsschutz bei der IAK im Jahr 2022 in die Liste der grundlegenden Rechte bei der Arbeit aufgenommen wird.

Die Mobilisierung für die Rechte von Migrant\*innen und für die Beendigung von Sklaverei in all ihren Formen ist von grundlegender Bedeutung für die Gewährleistung demokratischer Rechte und Freiheiten für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Ohne Frieden ist menschenwürdige Arbeit nicht möglich. Die globale Gefahr einer atomaren Wiederaufrüstung macht es erforderlich, dass wir uns mit Verbündeten zusammentun, um den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen (AVV) zu unterstützen und den Atomwaffensperrvertrag (NVV) zu erhalten. Es zeichnet sich ein weltweiter Rüstungswettlauf ab, der gestoppt werden muss. Die Hochrangige Beratungskommission für die gemeinsame Sicherheit 2022 (Common Security 2022 High Level Advisory Commission) befasst sich mit einem Rahmenwerk, das neben anderen für Stabilität und Resilienz unerlässlichen Themen auch Sicherheitsrisiken wie Armut und Ungleichheit, Totalitarismus und Umweltzerstörung berücksichtigt.

Arbeitnehmerrechtsaktivist\*innen müssen sowohl als Menschenrechtler als auch als Friedensstifter anerkannt werden.

## Frieden, Demokratie und Rechte

Themenbereiche	Gefährdete Länder	Migration und Sklaverei	Frieden und Abrüstung
<b>Ziele</b>	<ol style="list-style-type: none"><li>1. Demokratische Spielräume einfordern.</li><li>2. Ein Mindestmaß an Schutz für Arbeitende einführen.</li><li>3. Für Sozialschutz für alle eintreten.</li></ol>	<ol style="list-style-type: none"><li>1. Sklaverei beenden</li><li>2. Rechte für Wanderarbeitskräfte.</li></ol>	<ol style="list-style-type: none"><li>1. Vertrag zum Verbot von Atomwaffen tritt in Kraft.</li><li>2. Anerkennung der Rolle der Gewerkschaften bei der Friedensförderung.</li></ol>

## Höhepunkte 2021

---

- Vom schnellen Eingreifverfahren des IGB für Menschen- und Gewerkschaftsrechte haben inzwischen 317 aktive Gewerkschafter\*innen in 123 Ländern profitiert. Durch globale gewerkschaftliche Solidaritätsaktionen wurde auf Angriffe auf die Demokratie und Rechte u.a. in Belarus, Simbabwe, Eswatini, den Philippinen, Myanmar, Hongkong, Haiti und Kambodscha reagiert. In Iran, Jordanien, der Demokratischen Republik Kongo und der Türkei wurden führende Gewerkschaftsvertreter\*innen aus der Haft entlassen; in Chile hat ein Verfassungsreformprozess begonnen; in Kirgisistan wurde ein Veto gegen regressive Gewerkschaftsgesetze eingelegt; in der Türkei wurde das Artikelgesetz zurückgezogen; in Bangladesch wurde ein Fahrplan für Arbeitsreformen beschlossen; im Falle Myanmars wurde eine deutliche IAK-Entschließung erwirkt, die allererste Crowdfunding-Initiative für streikende Beschäftigte ergriffen und die Anerkennung der Militärjunta von UNGA, WHO, FAO und IAK blockiert.
- Der **Ausschuss für Arbeitnehmerkapital (CWC)** lenkt Aktionsaktionen mit Blick auf Rechte in gefährdeten Ländern und hat im Jahr 2021 das Anteilseigner-Engagement mit den größten institutionellen Anlegern der Welt ausgeweitet. Große Investitionsfonds haben sich im Anschluss an Gewerkschaftskampagnen aus illegalen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten und aus Myanmar zurückgezogen.
- Der **Globale Rechtsindex des IGB** ist jetzt eine maßgebliche globale, digitale und interaktive Plattform, die umfassende Informationen zu Arbeitnehmerrechten liefert und von Gewerkschaften bei Aktivitäten auf nationaler Ebene, der Medien- und Lobbyarbeit genutzt werden kann. Über den Start der Plattform haben CNN, BBC und der Guardian berichtet, und auf den Index wird in Medienberichten in verschiedenen Sprachen regelmäßig Bezug genommen.
- Die Mitgliedsorganisationen haben sich an der Kampagne für die Anerkennung des Arbeitsschutzes als grundlegendes Recht bei der Arbeit beteiligt, und dieser Punkt wurde auf die Tagesordnung der IAK für 2022 gesetzt. Dank der Bemühungen der Gewerkschaften wird COVID-19 in vielen Ländern als Berufskrankheit anerkannt.
- Das Ziel von **50 Ratifizierungen des ILO-Zwangsarbeitsprotokolls 29** wurde am 17. März 2021 erreicht. Danach hat es weitere Ratifizierungen gegeben. Ein preisgekrönter Artikel in Equal Times hat Kinderarbeit in der Demokratischen Republik Kongo ins Rampenlicht gerückt, und mit Blick auf die Beendigung der Kinderarbeit im Fischereisektor Ghanas wurde mit den Sozialpartnern zusammengearbeitet.
- Das Fortbestehen des Kafala-Systems in den VAE wurde anhand einer Analyse der Rechtslage in dem Land und einer Dokumentation von Verletzungen der Rechte von Wanderarbeitkräften aufgedeckt, und es fanden Kampagnenaktionen im Zusammenhang mit der Weltausstellung statt. **In Katar wurde ein Online-Beschwerdeverfahren eingeführt**, um die Klärung von Fällen zu beschleunigen, und in Saudi-Arabien wurde ein System transparenter Arbeitsverträge eingeführt.
- Die Plattform **Migrant Recruitment Advisor** zur Beratung von Wanderarbeitkräften in Anwerbungs-/Arbeitsvermittlungsfragen wurde aktualisiert und mit Erfolg auf neue Länder in Afrika und Asien ausgeweitet. Dieses Instrument dient der gewerkschaftlichen Organisation und Lobbyarbeit zugunsten der Rechte von Wanderarbeitkräften, wobei in Saudi-Arabien, Indonesien, Nepal und Bahrain konkrete gesetzliche Fortschritte zur Förderung einer fairen Vermittlung erzielt wurden.
- Die **Common Security Kommission 2022** (Kommission für die gemeinsame Sicherheit 2022), der führende Persönlichkeiten aus Gewerkschaftskreisen, Politik und der Friedensbewegung angehören, wurde eingerichtet, um eine gemeinsame Sicherheitsvision für die Zukunft zu fördern. Es besteht ein enges Bündnis mit dem International Peace Bureau, das durch die Beteiligung von Gewerkschaften an seinem Kongress und Jugendnetzwerk untermauert wurde.
- Der **Vertrag zum Verbot von Atomwaffen (Atomwaffenverbotsvertrag, AVV)** ist am 22. Januar 2021 in **Kraft getreten**.
- Mit Unterstützung des IGB haben Gewerkschaften in Kolumbien beim Nationalen Sondergericht für Frieden ein Verfahren angestrengt, um Gerechtigkeit für die Opfer gewerkschaftsfeindlicher Gewalt während des Konfliktes zu fordern, und in Somalia spielen die Gewerkschaften jetzt eine zentrale Rolle bei den demokratischen Reformen.

## Pläne für 2022

- Unterstützung von Mitgliedsorganisationen an vorderster Front beim Kampf für Demokratie in Belarus, Myanmar, Brasilien, Hongkong, Türkei, Palästina, Eswatini, Haiti und Simbabwe.
- Unterstützung von Mitgliedsorganisationen in Ländern, in denen die Arbeitnehmerrechte und deren Verfechter\*innen in Gefahr sind: Guatemala, Honduras, Philippinen, Indien, Kolumbien, Bangladesch, Kambodscha, Kasachstan, Indonesien, Ukraine.
- Durchsetzung der Anerkennung des Arbeitsschutzes als grundlegendes Prinzip und Recht bei der Arbeit bei der Internationalen Arbeitskonferenz 2022 und Herbeiführung einer Verständigung bei der anschließenden Tagung des ILO-Verwaltungsrates darauf, dass die ILO-Übereinkommen 155 und 161 zu den Kernarbeitsnormen gezählt werden sollten.
- Ausübung weiteren Drucks mit Blick auf die Abschaffung des Kafala-Systems in der Golfregion und die Einführung solider Beschwerdeverfahren im Einklang mit den Reformen in Katar für die Fußball-WM 2022, mit Fokus auf den VAE vor dem Hintergrund der Weltausstellung in Dubai.
- Ausbau des Programms zur gewerkschaftlichen Organisation von Wanderarbeitkräften anhand der Plattform "Migrant Recruitment Advisor" in Afrika und Asien sowie Ausweitung auf Zentralasien und die amerikanische Region, weitere

Fortschritte bei einer fairen Anwerbung/Vermittlung in Ghana, Bahrain, Hongkong, den VAE und Saudi-Arabien.

- Mobilisierung der Mitgliedsorganisationen im Rahmen einer erneuten globalen Solidaritätskampagne mit Flüchtlingen aus Krisenländern.
- Unterstützung der Mitgliedsorganisationen in Ghana und der Demokratischen Republik Kongo bei der Organisation von Beschäftigten in Fischereibetrieben bzw. Bergwerken in der informellen Wirtschaft, um Kinderarbeit zu beenden.
- Veröffentlichung des "Common Security 2022"-Berichtes zur Förderung einer inklusiven Zukunftsvision für die gemeinsame Sicherheit.
- Teilnahme von Gewerkschaftsdelegationen an der NVV-Überprüfungskonferenz und der 1. AVV-Vertragsstaatenkonferenz in Wien, um die Kampagne für nukleare Abrüstung wiederzubeleben; Beteiligung der Gewerkschaften an Plänen für die wirtschaftliche Umstellung; Gewerkschaftsprioritäten als zentrale Elemente der Kampagne.

**Federführende Abteilung: Menschen- und Gewerkschaftsrechte**

**87%** der Länder haben das Streikrecht verletzt.

GLOBALER RECHTSINDEX DES IGB 2021



## 2. Säule: Regulierung der Wirtschaftsmacht

### Überblick

---

Das Weltwirtschaftsmodell hatte schon vor Covid-19 für die Menschen und den Planeten versagt. Die aus einem Unternehmensmodell der Profitgier resultierende Ungleichheit ist durch die Pandemie nur allzu deutlich geworden. Die in jedem Land herrschende Ungleichheit mit Blick auf Einkommen, ethnische Herkunft und Geschlecht wird durch die Ungleichheit im Handel und bei der Entwicklung sowie durch die Umweltzerstörung weiter verschärft.

Die Regulierung der Wirtschaftsmacht erfordert geteilten Wohlstand als Resultat eines neuen Sozialvertrages, bei dem die Menschen und der Planet im Mittelpunkt der Erholung und Resilienz stehen. Das ist umso notwendiger, als die Ungleichheit eskaliert ist. Die Zahl der Milliardäre hat in krasssem Gegensatz zum Anstieg der Armut zugenommen. Durch die beherrschende Stellung gigantischer Technologiekonzerne wird die Macht, die sie durch die Datenkontrolle ausüben, noch untermauert, und Plattformunternehmen verschärfen prekäre Arbeit weiter. Die Geschäftsmodelle, die von der Pandemie profitiert haben, setzen sich zunehmend über innerstaatliche Gesetze, Steuersysteme und ihre Verantwortung für die Beschäftigung hinweg.

Viele Regierungen schüren Machtmonopole durch fehlende Regulierung, die Schwächung progressiver Steuersysteme und Angriffe auf die Arbeitnehmerrechte.

Mit dem zunehmenden Machtmonopol der Konzerne wächst auch der Widerstand gegen Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen. Die großen Technologieunternehmen zeigen, dass diese Giganten ohne Sanktionen davonkommen, auch wenn sie die Vereinigungsfreiheit und andere Kernarbeitsnormen verweigern, die Arbeitsbedingungen katastrophal sind, auch im Bereich des Arbeitsschutzes, und sowohl ihre Beschäftigten als auch ihre Kunden überwacht werden, wobei ihr Recht auf Privatsphäre in eklatanter Weise verletzt wird. Unternehmen wie Amazon sind so groß geworden, dass viele Regierungen sie nicht mehr antasten, und die Leidtragenden sind die Menschen.

Obwohl sich einige Multis zu existenzsichernden Löhnen verpflichtet haben, kann es nicht im Ermessen einzelner Unternehmen liegen, ob dafür gesorgt wird, dass arbeitende Menschen ein würdiges Auskommen haben. Existenzsichernde Mindestlöhne und gestärkte Tarifverhandlungen sind notwendig, um einen Wettbewerb nach unten anhand der Löhne und Arbeitsbedingungen zu vermeiden.

Die Macht der Unternehmen und der Finanzwelt kann nur durch einen entschlossenen Regulierungsansatz auf nationaler und internationaler Ebene eingedämmt werden. Und Steuerhinterziehung und Steuerflucht müssen durch eine neue Digitalsteuer und Vermögenssteuern zur Finanzierung eines universellen Sozialschutzes, einschließlich unerlässlicher öffentlicher Dienstleistungen, beendet werden.

Arbeitende Menschen brauchen die Hoffnung auf einen sicheren Arbeitsplatz mit grundlegenden Rechten und gerechter Bezahlung. Die Regierungen müssen sich zu Vollbeschäftigung verpflichten: 575 Millionen neue Arbeitsplätze und die Formalisierung einer Milliarde informeller Tätigkeiten bis 2030 sind erforderlich, wenn wir das nachhaltige Entwicklungsziel 8, Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum, erreichen wollen.

In der Jahrhunderterklärung der ILO wird die Arbeitsmarktkrise erkannt und ein Plan für ein Mindestmaß an Rechten, angemessene Löhne und Obergrenzen für die Arbeitszeit dargelegt, der, gepaart mit universellem Sozialschutz, das Fundament für menschenwürdige Arbeit überall legen würde. Der Plan bekräftigt zudem die Notwendigkeit einer transformativen Agenda für Frauen und bestätigt, dass ein gerechter Übergang unerlässlich für die Bewältigung der Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt infolge des Klima- und Technologiewandels ist.

Angesichts von Covid-19 haben die Gewerkschaften Fortschritte mit Blick auf den Sozialvertrag erzielt, beim Zugang zur Gesundheitsversorgung, in Bezug auf Löhne und Einkommenshilfen, Arbeitsplatzgarantien und Kurzarbeit mit Einkommensgarantien. Auf viele der am wenigsten entwickelten Länder trifft das jedoch nicht zu, und Prognosen gehen davon aus, dass seit dem Beginn der Pandemie bis Ende 2021 150 Millionen Menschen zusätzlich in extremer Armut versinken werden. Viele Arbeitsplätze sind verloren gegangen, da die Beschäftigung prekärer geworden ist, und Millionen Menschen sind arbeitslos geworden, mehrheitlich Frauen. Diese Realität begünstigt in zu vielen Ländern die Bedingungen für größere soziale Unruhen und wirtschaftliche Instabilität, und der Zerfall sicherer Arbeitsmärkte, der durch die Arbeitsplatz- und Einkommensverluste im Zuge der pandemiebedingten Gesundheitskrise weiter verschärft wurde, hat diese Verzweiflung und Wut nur noch zusätzlich geschürt.

Die ILO wurde 1919 ins Leben gerufen, um Massenkonflikte zu vermeiden, und auch die Erklärung von Philadelphia ist vor dem Hintergrund der Massenerstörung des Zweiten Weltkrieges und der „Großen Depression“ entstanden. Die Welt muss die Lektionen des letzten Jahrhunderts lernen und erkennen, dass wirtschaftliche Sicherheit und Rechte Eckpfeiler des Friedens sind.

Ein neuer Sozialvertrag muss zudem eine neue Norm für Plattformunternehmen sowie Normen für Telearbeit beinhalten. In einer Reihe von Ländern wurden zwar Fortschritte erzielt, aber dies bleibt eine große Herausforderung für die Gewerkschaften.

Gleichermaßen besteht seitens der ILO die Kompetenz, als Leuchtturm in einem zerbröckelnden multilateralen System zu fungieren und als globale Autorität in wirtschaftlichen und sozialen Fragen, die über das BIP hinausgeht und als Barometer der wirklichen Weltlage dient, auf den unerlässlichen Reformbedarf einzugehen. Die lösungsorientierten Veränderungen und die dreigliedrige Struktur müssen auch von anderen multilateralen Institutionen übernommen werden, um für Entscheidungsprozesse zugunsten von wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit zu sorgen.

Das UN-Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte ist eine Priorität, und Regierungen, die es nicht unterstützen und keine obligatorische Sorgfaltspflicht einführen, um unternehmerische Straffreiheit zu beenden, müssen bloßgestellt werden. Die Reform des multilateralen Systems bleibt eine Priorität. Trotz gewisser Fortschritte im Hinblick auf Schuldenerleichterungen und Finanzhilfen für ärmere Länder haben sich die Auflagen des IWF nicht geändert, und die Weltbank wirbt nach wie vor für eine Sicht des Sozialschutzes als reines Sicherheitsnetz und für die Ideologie, auf der die 'Doing Business'-Indikatoren basieren, obwohl der Bericht dieses Namens inzwischen gar nicht mehr erscheint. Die WTO muss ein reformiertes Handelssystem unterstützen, bei dem die Menschen- und Arbeitnehmerrechte als Grundlage für einen fairen Wettbewerb dienen und die Entwicklung nicht durch Monopolinteressen behindert wird, anstatt weiter die Begrenzung auf nationale Interessen zu fördern. Handelsregeln müssen den Zugang zu Impfstoffen und anderen Gesundheitsprodukten begünstigen und nicht behindern, damit alle Menschen weltweit von diesen lebenswichtigen Schutzmaßnahmen profitieren können und die Welt eine Chance hat, sich von dieser Pandemie zu erholen.

Themenbereiche	Arbeitsplätze, geteilter Wohlstand	Die Macht der Unternehmen	Multilateralismus
<b>Ziele</b>	<ol style="list-style-type: none"> <li>Ein neuer Sozialvertrag mit einem Mindestschutz für Arbeitende.</li> <li>Eine Norm für die digitale Wirtschaft.</li> <li>Gerechte Besteuerung und öffentliche Dienstleistungen.</li> </ol>	<ol style="list-style-type: none"> <li>UN-Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte.</li> <li>National vorgegebene Sorgfaltspflicht und Zugang zu Abhilfe.</li> <li>ILO-Übereinkommen zu Lieferketten.</li> </ol>	<ol style="list-style-type: none"> <li>Multilaterale Reformen, einschließlich Arbeitnehmerrechten und Beteiligung der Gewerkschaften.</li> </ol>

### Höhepunkte 2021

- **Im Rahmen der Just-Jobs-Kampagne des IGB für gerechte Arbeitsplätze wurde ein Vollbeschäftigungsziel von 575 Millionen neuen Arbeitsplätzen und die Formalisierung einer Milliarde informeller Tätigkeiten festgelegt, um das nachhaltige Entwicklungsziel 8 bis 2030 zu erreichen; acht Mitgliedsorganisationen haben Beschäftigungspläne oder -ziele festgelegt, u.a. in Argentinien, Großbritannien, Südafrika, Australien, den USA und den Philippinen.** Neue Untersuchungen des IGB haben gezeigt, wie hochwertige, klimafreundliche Arbeitsplätze und Arbeitsplätze in der Pflegewirtschaft geschaffen werden können.
- **Neue Untersuchungen des IGB im Hinblick auf den wirtschaftlichen Nutzen des sozialen Schutzes** haben Gewerkschaftsforderungen nach höheren Investitionen für universellen Sozialschutz bei hochrangigen Gesprächen mit Regierungen und internationalen Organisationen untermauert. Die Vereinten Nationen haben sich der Forderung nach einem neuen Sozialvertrag und universellem Sozialschutz angeschlossen.
- **Die IAK-Entscheidung zur Reaktion auf Covid und die Schlussfolgerungen der IAK bezüglich des sozialen Schutzes** greifen Gewerkschaftsforderungen nach einer dreigliedrigen Verständigung auf einen neuen Sozialvertrag auf und sehen ein deutliches Mandat für die ILO gegenüber den IFIs vor, um für Kohärenz mit den internationalen Arbeitsnormen zu sorgen, einschließlich der Aufforderung an die ILO, konkrete Diskussionen über die Einrichtung eines Globalen Sozialschutzfonds zu beginnen.

- **Die #Timefor8-Kampagne für einen neuen Sozialvertrag wurde von Mitgliedsorganisationen in mehr als 40 Ländern unterstützt und hat dazu geführt, dass sich der UN-Generalsekretär der Forderung angeschlossen hat.** Im Rahmen der UN-Ländersysteme fand in mehr als 20 Ländern ein sozialer Dialog statt, und in 14 Ländern haben Gewerkschaftsdachverbände SDG-Länderberichte erstellt, aus denen die Reaktion der Regierungen hervorgeht. Gewerkschaftsforderungen konnten auf die Tagesordnung der UN-Diskussion zum Thema "Entwicklungsfinanzierung in Zeiten von Covid-19 und darüber hinaus" gesetzt werden, einschließlich der Notwendigkeit, den universellen Sozialschutz auszuweiten und die Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu erhöhen.
- **Die Prioritäten eines neuen Sozialvertrages spiegeln sich in den internationalen Entwicklungsprozessen wider.** Nach umfangreicher Lobbyarbeit der Gewerkschaften haben die G20-Entwicklungsminister Geschlechtergleichstellung, Jugendförderung, menschenwürdige Arbeit und Sozialschutz zu zentralen Prioritäten erklärt. Mit Unterstützung des EGB konnte erreicht werden, dass die Europäische Union menschenwürdige Arbeit, Sozialschutz, sozialen Dialog und Sorgfaltspflicht als Prioritäten in ihre neue Rechtsvorschrift zur Entwicklungspolitik aufgenommen hat. Der OECD-Entwicklungshilfesausschuss (DAC) hat zum ersten Mal die Rolle der Gewerkschaften bei der Entwicklungszusammenarbeit anerkannt und empfohlen, dass Geber den sozialen Dialog fördern.
- **Die Befürwortung von Schuldenerleichterungen und Sonderziehungsrechten seitens des IGB und seiner Mitgliedsorganisationen hat zu einer Verlängerung von Schuldenerleichterungen für die ärmsten Länder und einer IWF-Bereitstellung in Höhe von 650 Milliarden Dollar beigetragen.** Auch Mitgliedsstaaten der Weltbank haben eine Mittelauffüllung zur Unterstützung der Erholung vorgenommen.

tionen hat zu einer Verlängerung von Schuldenerleichterungen für die ärmsten Länder und einer IWF-Bereitstellung in Höhe von 650 Milliarden Dollar beigetragen. Auch Mitgliedsstaaten der Weltbank haben eine Mittelauffüllung zur Unterstützung der Erholung vorgenommen.

- **Die Globale Organisationsakademie (GOA) hat Mitgliedsorganisationen zu Durchbrüchen bei der Organisation informell Beschäftigter verholfen.** Im Anschluss an GOA-Schulungsmaßnahmen hat allein die CSC in der Demokratischen Republik Kongo 4.915 informell Beschäftigte als Mitglieder geworben.
- **Fortschritte mit Blick auf das internationale Rechtsgefüge zur Regulierung von Lieferketten.** Der ILO-Verwaltungsrat hat eine Überprüfung globaler Ordnungslücken in Lieferketten gefordert, die Entwürfe des UN-Abkommens über Wirtschaft und Menschenrechte spiegeln die Gewerkschaftsforderungen stärker wider, und die Verpflichtung der EU zur Einführung einer Sorgfaltspflicht auf EU- und nationaler Ebene hat dem EGB und Mitgliedsorganisationen einen Dialog ermöglicht. Der dreigliedrige Covid-19-Aktionsaufruf für die globale Bekleidungsindustrie, an dem auch der IGB, IndustriALL und UNI beteiligt waren, hat zum Schutz der Einkommen, Gesundheit und Arbeitsplätze von Bekleidungsarbeiter\*innen während der Pandemie geführt. Es wurde ein unabhängiges Zentrum für Sport und Menschenrechte eingerichtet, um die Achtung der Menschen- und Arbeitnehmerrechte bei großen Sportveranstaltungen und entlang von Lieferketten zu überwachen.
- **Der IGB hat eine umfassende WTO-Reform gefordert,** um für einen Ausschuss für Arbeitsfragen, die Achtung der Arbeitnehmerrechte als Grundlage für einen fairen Wettbewerb sowie eine Ausnahmenregelung bezüglich der TRIPS-Regeln der WTO und größere Spielräume für die Produktion von Covid-19-Impfstoffen zu sorgen, was zunehmend Unterstützung auf Regierungsseite gefunden hat.
- Mehr als 50 **multinationale Unternehmen haben konkrete Zusagen bezüglich existenzsichernder Mindestlöhne gemacht.**

- **Durchsetzung konkreter Regierungszusagen bezüglich erhöhter Sozialschutz-Investitionen und der Einrichtung eines Globalen Sozialschutzfonds** durch Bemühungen im Rahmen der ILO, der G20, der IFIs und Entwicklungshilfeeinrichtungen, einschließlich des OECD-Entwicklungshilfeeusschusses (DAC) und der EU. Durchführung neuer Untersuchungen, aus denen die unterschiedlichen Möglichkeiten hervorgehen, wie der Sozialschutz auf nationaler Ebene finanziert werden kann, aufbauend auf der kürzlich veröffentlichten IGB-Studie, um das Argument der Gewerkschaften zu untermauern, dass die Finanzierung des sozialen Schutzes möglich ist.
- **Entwicklung solider internationaler und nationaler Rechtsrahmen zur Sorgfaltspflicht und für ein verantwortungsvolles Unternehmensverhalten** durch fortgesetztes Engagement bezüglich des UN-Abkommens für Wirtschaft und Menschenrechte, Unterstützung der Arbeit des EGB mit Blick auf EU-Rechtsvorschriften für eine Sorgfaltspflicht zum Schutz der Menschenrechte, Unterstützung der Mitgliedsorganisationen hinsichtlich der Konzipierung innerstaatlicher Gesetze und Unterstützung des TUAC bei der Überprüfung der OECD-Standards. Gemeinsam mit GUFs Ausbau der Gewerkschaftskapazitäten entlang von Lieferketten, um in Aufnahmелändern eine Sorgfaltspflicht in Menschenrechtsfragen zu fordern und zu überwachen, einschließlich des Kapazitätenausbaus mit Blick auf die Nutzung des Muster-Beschwerdeverfahrens des IGB und etwaige Gerichtsverfahren.
- **Fortschritte bezüglich einer internationalen Arbeitsnorm für Lieferketten** mittels Folgemaßnahmen zur Lückenanalyse der ILO im Hinblick auf Lieferketten und menschenwürdige Arbeit.
- **Unterstützung der Gewerkschaften im asiatisch-pazifischen Raum bei ihren Bemühungen um eine verbindliche Arbeitnehmerschutzklausel** bei der Asiatischen Entwicklungsbank, der letzten multilateralen Entwicklungsbank ohne eine solche Schutzklausel.
- **Unterstützung der Mitgliedsorganisationen bei der Beeinflussung von Verhandlungen mit Kreditgebern und den internationalen Finanzinstitutionen** in Ländern mit einer hohen Verschuldung oder Kreditausfällen.
- **Hervorhebung der weltweiten Fortschritte in Richtung auf das nachhaltige Entwicklungsziel 8 durch den “SDG 8 Monitor 2022“ des IGB und politische Empfehlungen im Vorfeld des Hochrangigen Politischen Forums für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (HLPF) 2022 und in regionalen UN-Foren.** Folgemaßnahmen zu UN-Verfahren für die Finanzierung der SDGs und Förderung des Dialogs mit maßgeblichen Gebern im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit – EU und OECD-DAC – zugunsten der Gewerkschaftsprioritäten für eine SDG 8-gesteuerte Erholung und für Resilienz.
- **Unterstützung der Mitgliedsorganisationen bei der Erstellung der gewerkschaftlichen SDG-Länderberichte zur Beeinflussung nationaler Entwicklungspläne und zur Verbesserung des Dialogs mit den residierenden Koordinatoren der UN auf Länderebene** in 25 Ländern. Start der globalen Kampagne “#TimeFor8 – Die Zeit für einen neuen Sozialvertrag wird knapp“ im Vorfeld des UN-HLPF 2022.
- **Fortsetzung der Bemühungen um konkrete Zusagen von Regierungen bezüglich der Schaffung von Arbeitsplätzen** im Rahmen der G20, der UN und der IFIs in Verbindung mit technischer Unterstützung für Mitgliedsorganisationen bei der Formulierung ihrer diesbezüglichen Forderungen sowie mit der Veröffentlichung von Forschungsergebnissen zum Thema Industriepolitik und Handelsabkommen zur Untermauerung der Evidenzbasis für die Forderungen der Gewerkschaften im Bereich Industriepolitik und Schaffung von Arbeitsplätzen.
- **Förderung umfassender Indikatoren für Regierungen zur Messung von Fortschritten bezüglich unserer über das BIP hinausgehenden Agenda** mit Mitgliedsorganisationen und gemeinsam mit TUAC und EGB Beeinflussung der Entwicklungen bei der OECD und der EU.
- **Durchführung neuer Untersuchungen bezüglich der Verbindung zwischen Arbeitnehmerrechtsverletzungen und Ungleichheit, Einkommen und Lebensstandard**, um die nachteiligen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen von Rechtsverletzungen zu beleuchten.

**Federführende Abteilung: Rechtsfragen**

**Mehr als zwei Drittel der Menschen (69%) befürworten Steuererhöhungen für reiche Großkonzerne, um Bereiche wie allgemeine und berufliche Bildung sowie das Gesundheitswesen zu finanzieren.**

**WELTWEITE UMFRAGE DES IGB 2021**

# 3. Säule: Globale Verschiebungen – Gerechte Übergänge

## Überblick

Die globalen Herausforderungen des Klimawandels und der wirtschaftlichen und sozialen Störungen infolge des rapide voranschreitenden technologischen Wandels stellen globale Verschiebungen mit erheblichen Auswirkungen auf die Sicherheit des Arbeitsplatzes, die Schaffung guter Arbeit und grundlegende Arbeitnehmerrechte dar. Diese globalen Verschiebungen erfordern gerechte Übergänge. Covid-19 hat die Gefahren von Pandemien deutlich gemacht, wenn die Umweltzerstörung die menschliche Gesundheit noch anfälliger macht. Die erhöhte Gefahr der Überwachung und des Verlustes der Privatsphäre bei der Arbeit ist offensichtlich.

Mit Blick auf den Klimawandel fehlt es an Ambitionen. Die Welt ist heute fast ein Grad wärmer als vor der massiven Industrialisierung. Die globale Durchschnittstemperatur lag im Jahr 2018 um 0,98 Grad Celsius über dem Niveau der Jahre 1850-1900. Angesichts der Einschätzung des IPCC von 2021, das von einem Wettlauf gegen die Zeit spricht, um einen gefährlichen Klimawandel zu verhindern, ist offensichtlich, dass wir die weltweiten Emissionen bis 2030 um mindestens 50% reduzieren müssen. Um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen und den globalen Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, sind Ambitionen jetzt dringend erforderlich, und der Weg zu hohen Ambitionen führt über einen gerechten Übergang. Jeder Industrie- und Wirtschaftssektor muss einen Übergang durchmachen. Die Gewerkschaften müssen auf allen Ebenen mit am Tisch sitzen, um über die Maßnahmen für einen gerechten Übergang zu verhandeln, die notwendig sind, um für Vertrauen in die benötigte Energiewende und in technologische Fortschritte zu sorgen, damit sowohl Klimaschutz- als auch Anpassungsmaßnahmen in sämtlichen Industriezweigen und Sektoren garantiert sind. Übergänge bringen Arbeitsplätze mit sich, durch Investitionen in eine saubere Energieinfrastruktur, saubere Technologie und naturbasierte Lösungen, aber die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften müssen an der Gestaltung beteiligt sein.

Vor dem Hintergrund der Pandemie ist auch offensichtlich, dass Investitionen in Pflege und Betreuung – Gesundheit, Bildung, für Menschen mit einer Behinderung, ältere Menschen und Kinder – sowie in Einkommenshilfen und andere für universellen Sozialschutz relevante Bereiche unerlässlich sind, um sicherzustellen, dass die Menschen und die Wirtschaft widerstandsfähig gegenüber globalen Schocks sind, einschließlich Umweltzerstörung und Technologiewandel.

Die Technologie kann Chancen eröffnen, die arbeitenden Menschen zugutekommen, aber auch Arbeitsplätze und Lieferketten beeinträchtigen. Aus Digitalisierung, Automatisierung und großen Datenmengen resultierende Veränderungen müssen vorhergesehen und gelenkt werden, um Arbeitsplätze und Lebensstandards zu schützen und zu verbessern. Vollbeschäftigung bleibt eins der wichtigsten Ziele der Gewerkschaftsbewegung und ist von zentraler Bedeutung für gerechte Übergänge.

Maßnahmen für einen gerechten Übergang, einschließlich einer globalen und nationalen Regulierung und angemessenen Finanzierung, sind unerlässlich. Die globale Lenkung technologischer Verschiebungen muss eine neue Norm bezüglich Plattformunternehmen, globale Normen für die Datenverwaltung, einschließlich Datenschutz und Schutz der Privatsphäre, Schutz vor Überwachung u.a. beinhalten. All dies erfordert die Beteiligung der Gewerkschaften und einen sowohl auf nationaler Ebene stattfindenden als auch grenzüberschreitenden sozialen Dialog mit starken Tarifverhandlungen, um eine wirksame Umsetzung der Pläne für einen gerechten Übergang und die Beschäftigung zu gewährleisten.

Ohne gerechte Übergänge kann es keine Eindämmung des Klimawandels oder Anpassung an globale Verschiebungen geben.

## Globale Verschiebungen – Gerechte Übergänge

Themenbereiche	Industrieller Wandel und ein gerechter Übergang – Klima	Industrieller Wandel – Zukunft der Arbeit
Ziele	1. Ein gerechter Übergang für Klimaambitionen durch eine starke Beteiligung/Vertretung der Gewerkschaften bei der Entwicklung nationaler Klimaschutzpläne.	1. Eine internationale Norm für die Steuerung digitaler Plattformunternehmen. 2. Schutz vor Überwachung und Kontrolle der Arbeitnehmer über Daten. 3. Steuervorschriften für die digitale Wirtschaft.

## Höhepunkte 2021

---

### Klima und ein gerechter Übergang

- Die **Erklärung des Energierates der britischen COP26-Präsidenschaft (Energy Transition Council)** enthält Verpflichtungen zu gerechten Übergängen.
- Unternehmen und Regierungen haben die Verantwortung für einen gerechten Übergang in die **UNFCCC**-‘High-Level Champions’ und die Marrakesch-Partnerschaft als Motor für industrielle Übergänge im Vorfeld der COP26 integriert.
- Die Bürgermeister von 12 der größten Städte der Welt, von Los Angeles bis São Paulo und London, haben eine gemeinsame Verpflichtungserklärung mit Gewerkschaften unterzeichnet, um sicherzustellen, dass ihre städtischen Klimapläne für gute Jobs sorgen und neue und bessere Arbeitsplätze für Beschäftigte in Sektoren mit hohen Emissionen begünstigen. Zudem haben sie andere Bürgermeister dazu aufgerufen, sich ihrem globalen Aktionsaufruf zugunsten eines gerechten Übergangs anzuschließen.
- Dank der Bemühungen von Mitgliedsorganisationen konnten Erfolge mit Blick auf einen gerechten Übergang in Europa (auf EU-Ebene, in Spanien, Deutschland und den Niederlanden), Argentinien, Kenia, Nigeria und Südafrika erzielt werden.
- Aus der [NDC-Wertungsliste](#) des IGB geht hervor, dass fehlende Ambitionen seitens der Regierungen zur Folge haben, dass wir uns auf einen Temperaturanstieg um mehr als 3 Grad Celsius zubewegen und fast neun von zehn Ländern arbeitenden Menschen und Gemeinschaften kein Mitspracherecht geben, wenn es um ihre eigene Zukunft geht, weil kein sozialer Dialog stattfindet und sie bezüglich eines gerechten Übergangs nicht einbezogen werden.
- Unsere Arbeit klima- und beschäftigungssicher machen (Climate- and Employment-Proof Our Work, CEPOW): #CEPOW wurde ausgeweitet, um betriebliche Aktivist\*innen für Verhandlungen mit Arbeitgebern zu schulen. An sieben Schulungssitzungen haben 150 Personen aus verschiedenen Regionen mit ganz unterschiedlichen Muttersprachen teilgenommen.

- Partnerschaften des Zentrums für einen gerechten Übergang (JTC) mit Mitgliedsorganisationen und GUFs haben zu Vereinbarungen geführt:
  - Vier der größten Öl- und Gasunternehmen der Welt haben sich auf Pläne für eine Verlagerung auf Anlagen mit niedrigen Emissionen, den Erhalt und die Schaffung guter Arbeitsplätze in ihren Unternehmen und Lieferketten sowie auf die Umschulung und Umschichtung der vorhandenen Arbeitskräfte verständigt.
  - Die “Beyond Oil and Gas Alliance“, ein neues Regierungsbündnis unter Federführung Dänemarks und Costa Ricas, das sich zum Ausstieg aus der Öl- und Gasproduktion verpflichtet hat, geht in seiner Gründungserklärung, die bei der COP26 veröffentlicht werden soll, auch auf einen gerechten Übergang ein.
- Das Zentrum für einen gerechten Übergang hat den EGB, IndustriALL Europa und Mitgliedsorganisationen unterstützt, um:
  - dafür zu sorgen, dass die Europäische Kommission garantiert, dass Gewerkschaften mit am Tisch sitzen, wenn regionale Pläne für einen gerechten Übergang, in die im Rahmen des Grünen Deals der EU EU-Mittel fließen, konzipiert werden, vor allem, aber nicht nur in Mittel- und Osteuropa (MOE);
  - eine EU-weite Kampagne für gerechte Übergänge im Automobilsektor zu starten, um einen branchenspezifischen Rahmen zu schaffen und die Gewerkschaften hinter der Forderung nach innerstaatlichen und EU-Arbeitsnormen für gute Arbeit entlang der Wertschöpfungskette im Bereich der erneuerbaren Energien zu vereinen, was von der Internationalen Energieagentur (IEA) unterstützt wird.
- Nationale und subnationale Pläne für einen gerechten Übergang:
  - COSATU hat als Grundlage für das Rahmenwerk der Regierung einen bahnbrechenden nationalen Plan für einen gerechten Übergang in drei Sektoren entwickelt: Energie und Bergbau, Landwirtschaft und Verkehrswesen.

- CUT (Brasilien) hat ein neues dreigliedriges Verfahren für den sozialen Dialog mit Fokus auf einem gerechten Übergang im Energiesektor in der Nordostregion eingeführt.
- Die kanadische Regierung hat ein innerstaatliches Gesetz für einen gerechten Übergang zugesagt.
- Es wurde ein mehrjähriges Projekt mit IGB-AP, APHEDA und Mitgliedsorganisationen in Indonesien und Indien gestartet, um die Sozialpartner bei der Umsetzung der ILO-Richtlinien für einen gerechten Übergang zu unterstützen.
- Die AFL-CIO und ihre Mitgliedsorganisationen haben eine Gewerkschaftsinitiative für saubere Energie und Arbeitsplätze für den Großraum Los Angeles ins Leben gerufen, um die Nutzung von Wasserstoff und die Elektrifizierung zu untersuchen und einschneidende Emissionsenkungen im Energiesektor, in der Industrie und im Schwertransport zu erreichen.

- Dank der Bemühungen des IGB wurde die Klimastrategie des IWF vertieft und umfasst jetzt auch Finanzstabilität über die vorherigen CO2-Preisgrenzen hinaus, und der IWF hat erkannt, dass eine schnelle Streichung von Brennstoffsubventionen für Verbraucher, die in Ecuador, Haiti und anderswo negative Auswirkungen auf den Lebensstandard gehabt hat, durch Transferzahlungen für die Armen abgemildert werden muss. Der Klimaaktionsplan der Weltbank geht jetzt auch auf einen gerechten Übergang ein. Die “World Benchmarking Alliance“ (WBA) hat sich auf die ILO-Richtlinien gestützt, um im Vorfeld der COP26 Indizes und Ratingmethoden für einen gerechten Übergang zu entwickeln, der Investoren bei der Bewertung von 180 Unternehmen in Sektoren mit hohen Emissionen als Leitfaden dienen soll.

### Technologische Verschiebungen

- Der IGB hat Mitgliedsorganisationen, den EGB und GUFs bei rechtlichen Analysen zur Förderung der Rechte in Plattformunternehmen unterstützt, und es wurden Richtlinien für Telearbeit entwickelt. Spanien, die EU und Argentinien haben Fortschritte bei der gesetzlichen Regelung der Telearbeit erzielt.
- Es wurde damit begonnen, die Bemühungen um Transparenz und eine Regulierung der Algorithmen in der Arbeitswelt zu dokumentieren.



### Klima und ein gerechter Übergang

- Intensivierung der Unterstützung von Mitgliedsorganisationen bei Kontakten zu ihren Regierungen im Hinblick auf innerstaatliche Klimapläne. Ausweitung der in Südafrika, Kenia, Argentinien und Nigeria geleisteten Arbeit auf andere Länder, u.a. Costa Rica, Ghana, Senegal, Indonesien und Kolumbien.
- Verhandlungen über einen höheren Stellenwert gerechter Übergänge im Rahmen der UNFCCC, einschließlich der Berücksichtigung von Sozialschutzforderungen sowohl bei Anpassungs- als auch bei Klimaschutzmaßnahmen.
- Fortschritte mit Blick auf einen gerechten Übergang im Rahmen der national festgelegten Beiträge (NDCs) sowie Unterstützung der IGB-Afrika und von Mitgliedsorganisationen bei der verstärkten Berücksichtigung der Notwendigkeit eines gerechten Übergangs in Afrika, einschließlich einer Abstimmung mit der ILO-Initiative für Klimaschutz und Beschäftigung in einzelnen Ländern.
- Intensivierung der Bemühungen darum, dass die Beteiligung der Weltbank und der multilateralen Entwicklungsbanken an Klimafragen die Gewerkschaftsprioritäten bezüglich Investitionen in Arbeitsplätze und einen gerechten Übergang widerspiegelt und nicht versucht wird, das Konzept eines gerechten Übergangs neu zu definieren, um die Verbindung zu Arbeitskräften, sozialem Dialog und Gewerkschaften zu streichen; Beeinflussung der Maßnahmen von IFIs und Regierungen zur Inkraftsetzung grüner Schulden-Swaps.
- Größeres Augenmerk auf geschlechtsspezifische Aspekte der Klimaagenda innerhalb der Gewerkschaften, einschließlich Unterstützung hinsichtlich der Beteiligung an der Kommission für die Rechtsstellung der Frau (UNCSW) zum Thema 'Gender und Klima' und der Entwicklung von Methodologien zur Bewertung der Klimaauswirkungen auf die Anforderungen an Pflegekräfte, wobei der Bericht über die belgische Pflegewirtschaft als Muster für andere Mitgliedsorganisationen dienen kann.
- Intensivierung der Unterstützung von Mitgliedsorganisationen in Ländern mit hohen Emissionen bei der Entwicklung nationaler und sektoraler Pläne, insbesondere in der Energiewirtschaft, der Öl- und Gasindustrie, im Bereich der erneuerbaren

Energien, im Bergbau, in der Schwerindustrie, Im Verkehrswesen und im Baugewerbe.

- Fortsetzung der Zusammenarbeit mit dem EGB und IndustriALL Europa an einem gerechten Übergang in Europa in Industriesektoren und Ausweitung auf das Baugewerbe und das öffentliche Verkehrswesen mit den zuständigen GUFs und Mitgliedsorganisationen.
- Konzipierung und Start der UN-Initiative für einen gerechten Übergang im Öl- und Gassektor und in der Schwerindustrie, mit Fokus auf grünem Stahl, Wasserstoff und CCS; Ausweitung des Fokus auf die Offshore-Windkraft, zusammen mit IndustriALL Europa, dem britischen und dem schottischen TUC, AFL-CIO und anderen, um Arbeitsnormen und gerechte Löhne im Offshore-Windkraftsektor und seinen Lieferketten durchzusetzen, zunächst in Polen und Großbritannien; Unterstützung der gewerkschaftlichen Organisations- und Lobbyarbeit im Bereich der erneuerbaren Energien in Indonesien und Indien.
- Ausweitung und Vertiefung der aktuellen Arbeit zur Verwirklichung des zugesagten gerechten Übergangs zu menschenwürdiger Arbeit, Einbeziehung neuer Unternehmen und Unterstützung dabei, Unternehmen in Brasilien, den USA und anderen Ländern an den Verhandlungstisch zu bringen.
- Ausweitung der Zusammenarbeit mit C40 und der ITF auf weitere Städte in Europa, Nordamerika und Brasilien.

### Technologische Verschiebungen

- Demokratisierung des Dateneigentums und Schutz der Privatsphäre arbeitender Menschen durch einen besseren Ordnungsrahmen, um die Straffreiheit von Unternehmen, die Überwachungsmethoden anwenden, zu beenden.
- Unterstützung der Mitgliedsorganisationen bei ihren Bemühungen um die Regulierung von Plattformunternehmen.
- Einrichtung eines Netzwerkes von Organisationen, die im Bereich Transparenz und Regulierung von Algorithmen bei der Arbeit tätig sind, um Trends festzustellen und bewährte Praktiken mit Blick auf sozialen Dialog und Tarifverhandlungen auszutauschen.

- Festlegung rechtlicher und betrieblicher Prioritäten auf der Grundlage des Berichtes über die Verwendung von Algorithmen.

### Federführende Abteilung: Wirtschafts- und Sozialpolitik

**Eins von vier Ländern verfügt über ambitionierte Klimapläne, aber fast neun von zehn Ländern geben arbeitenden Menschen und Gemeinschaften kein Mitspracherecht, wenn es um ihre eigene Zukunft geht, weil kein sozialer Dialog stattfindet.**

#### NDC-WERTUNGSLISTE DES IGB

# 4. Säule: Gleichstellung

## Überblick

Alle statistischen Indikatoren unterstreichen, dass die für Frauen erzielten Fortschritte durch die Pandemie rückläufig sind, ob es sich um Beschäftigung, Diskriminierung, Belästigung oder Gewalt handelt. Covid-19 hat die harte Realität für Frauen deutlich gemacht, da die Mehrheit der systemrelevanten Beschäftigten im Gesundheits- und Bildungswesen und in anderen Pflege- und Dienstleistungsbereichen geringverdienende Frauen sind. Die Mehrheit der Millionen Menschen, die ihre Arbeit verloren haben, sind Frauen. Zwei Drittel der arbeitslosen jungen Menschen sind Frauen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren, die auch keine allgemeine oder berufliche Ausbildung durchlaufen. Frauen mussten Einkommensverluste in Höhe von 800 Milliarden Dollar hinnehmen, was dem gesamten BIP von 98 Ländern entspricht. Frauen sind zudem überdurchschnittlich stark von Informalität und der damit einhergehenden Verzweigung betroffen (weltweit sind rund 60% aller Arbeitsverhältnisse informeller Art). Jetzt geht es darum, den Kampf für eine gleichberechtigte Teilhabe, für Arbeitsplatzsicherheit, Lohngleichheit sowie Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit für diese Frauen überall zu intensivieren.

In der IGB-Kongresserklärung von Kopenhagen wird unterstrichen, dass wir die Verantwortung haben, eine feministische Agenda zu formulieren, bei der es schwerpunktmäßig um die gleichberechtigte wirtschaftliche Teilhabe von Frauen und Frauen in Führungspositionen überall geht. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen betrug schon vor der Pandemie weniger als 50%, und unbezahlte Pflege- und Betreuungstätigkeiten machten 9% des weltweiten BIP aus. Unsere Forderungen nach Investitionen im Pflegebereich als Priorität mit Blick auf die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen sind daher jetzt noch dringender geworden, da Pflege und Betreuung, im Gesundheits- und Bildungswesen, für Menschen mit einer Behinderung, ältere Menschen sowie Kinder, jetzt als Basis für die Resilienz unserer Gesellschaft gegenüber nationalen oder globalen Schocks erkannt wurde. Die Millionen Arbeitsplätze, die in der Pflege und Betreuung geschaffen werden können, werden sich direkt auf die Beschäftigung von Frauen und menschenwürdige Arbeit für Frauen und Wanderarbeitskräfte auswirken und dazu beitragen, Frauen in dieser Hinsicht zu entlasten, damit sie in allgemeineren Wirtschaftsbereichen Fuß fassen können.

Das geschlechtsspezifische Lohngefälle beträgt in der formellen Wirtschaft immer noch mehr als 20%, und der Schlüssel zur Beendigung dieser Diskriminierung sind nach wie vor Sozialschutz, Pflege und existenzsichernde Mindestlöhne mit stärkeren Tarifverhandlungen.

Defizite an menschenwürdiger Arbeit müssen beseitigt werden, einschließlich der weltweiten geschlechtsspezifischen Beschäftigungslücke am Arbeitsmarkt von 27%. Die Wirtschaft und Regierungen als Arbeitgeber dürfen diskriminierende Praktiken nicht ohne Aufdeckung fortsetzen. Im Durchschnitt verfügen Frauen lediglich über drei Viertel der rechtlichen Absicherung, von der Männer während ihres Arbeitslebens profitieren, und nur sechs Länder gewähren gleiche Rechte und Schutzmaßnahmen. Die Diskriminierung reicht von bestimmten Tätigkeitsverboten bis hin zu ungleicher Bezahlung oder fehlendem Schutz vor sexueller Belästigung und betrifft u.a. das Familienrecht, Eigentumsrechte und andere Freiheiten oder Ansprüche.

Unsere Entschlossenheit, Gewalt gegenüber Frauen zu beenden, gilt auch für die Ratifizierung des ILO-Übereinkommens 190 und Gesetzesänderungen. Diese Kampagne wird ein Schwerpunkt bleiben, mit Beurlaubung aufgrund häuslicher Gewalt als Priorität.

Frauen in Führungspositionen sind nie wichtiger gewesen als heute, und im Jahr 2022 werden wir das diesbezügliche IGB-Programm ausweiten und ein Mentoring-Programm für aufstrebende weibliche Führungskräfte in unserer Bewegung beginnen.

Alle Gruppen, die von Ausgrenzung bedroht sind, müssen in den Gewerkschaften ein Zuhause finden. Oberste Priorität ist Organisationsarbeit, um alle arbeitenden Menschen zu integrieren. Wir sind der Förderung junger Menschen in Führungspositionen und der Unterstützung von Gewerkschaften verpflichtet, die sich für die Rechte und die Gleichbehandlung indigener Menschen, LGBTQI+-Personen und Menschen mit einer Behinderung einsetzen. Die Organisation von Wanderarbeitskräften ist jetzt dringender denn je, wo Millionen ohne Arbeit, oftmals mit kaum oder gänzlich ohne Überlebenschancen in Aufnahmелändern festsitzen.

Die große Herausforderung besteht in der Gewährleistung einer inklusiven Gewerkschaftsbewegung. Erwerbstätige Menschen und ihre Familien müssen wissen und darauf vertrauen können, dass die Gewerkschaften für sie da sind. Fortschritte mit Blick auf den Sozialvertrag müssen allen arbeitenden Menschen zugutekommen.

Gleichstellung ist von zentraler Bedeutung für die Verwirklichung der SDGs.

## Gleichstellung

Themenbereiche	Wirtschaftliche Integration von Frauen	Organisieren gegen Diskriminierung und Ausgrenzung
<b>Ziele</b>	<ol style="list-style-type: none"><li>1. Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt.</li><li>2. Beendigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt.</li></ol>	<ol style="list-style-type: none"><li>1. Verstärkte Vertretung marginalisierter Beschäftigter in Gewerkschaften.</li></ol>

## Höhepunkte 2021

---

- **Fünf weitere Ratifizierungen des ILO-Übereinkommens 190** (Argentinien, Ecuador, Mauritius, Somalia und Griechenland), so dass es jetzt von insgesamt acht Ländern ratifiziert wurde. Fortschritte mit Blick auf die Ratifizierung von Ü190 wurden in mehr als 20 Ländern erzielt. In **10 Ländern** wurden die Mitgliedsorganisationen dabei unterstützt, die Ratifizierung von Ü190 und dessen Umsetzung im Rahmen von betrieblichen Strategien, Tarifverhandlungen und Organisationsarbeit voranzubringen. **Der IGB und die Global Unions haben bei der globalen Ratifizierungskampagne #RatifyC190 eng zusammengearbeitet**, und fast **660.000 Menschen haben die weltweite Avaaz-Petition**, die IGB, HRW und andere Verbündete in der Zivilgesellschaft gemeinsam organisiert haben, unterschrieben, um die Regierungen aufzufordern, Ü190 zu ratifizieren und umzusetzen.
- **Mitgliedsorganisationen** in Argentinien, Uruguay, der Dominikanischen Republik, Brasilien, Mexiko, Nepal und Ghana haben sich um die **Organisierung von Pflegekräften und um öffentliche Investitionen in die Pflegewirtschaft** bemüht. Der IGB und Mitgliedsorganisationen in 20 Ländern haben sich an einem **Globalen Pflege-Aktionstag** beteiligt, mit weltweiten Aktivitäten und solidarischen Aktionen von UNI, IÖD, BI, IDWF und WIEGO sowie den verbündeten NGOs Oxfam und StreetNet.
- Arbeitnehmerforderungen nach einem **neuen Sozialvertrag sind jetzt zentrale Prioritäten der UN**: Die Gleichstellungskampagne von **UN Women, Generation Equality, verfolgt einen globalen Plan (Global Acceleration Plan)**, der Verpflichtungen zu Investitionen in die **Pflegewirtschaft** von mindestens 3-10% des BIP beinhaltet

und die Schaffung von 80 Millionen menschenwürdigen Arbeitsplätzen im Pflegesektor anvisiert, und in Mexiko wurde ein weltweites Pflegebündnis, die **Global Care Alliance**, initiiert. Die Vereinten Nationen haben ihre Zusage bekräftigt, die Zahl der in Armut lebenden Frauen und Mädchen um 85 Millionen zu reduzieren, u.a. durch hochwertige **öffentliche Sozialschutzgarantien und -systeme bis 2026 sowie Verfahren für einen gerechten Übergang**.

- Die **UN-Kommission für soziale Entwicklung** hat die **Notwendigkeit eines universellen globalen Sozialschutzfonds hervorgehoben und sich für sozialen Dialog ausgesprochen, um Vereinbarungen** über angemessene Strategien und Maßnahmen zur Untermauerung einer nachhaltigen Erholung und Resilienz **zu ermöglichen**.
- **Beginn des Pilotschulungsprogramms für Frauen in Führungspositionen mit 30 Frauen**, Erprobung des Lehrplans und Beitrag zu Musterlehrplan für Mitgliedsorganisationen.
- **Junge Gewerkschafts- und Friedensaktivist\*innen haben ein Bündnis für nukleare Abrüstung und Entmilitarisierung gegründet**.
- Die gemeinsame Arbeit mit der Arbeitsgruppe Bilaterale Migrationsabkommen (BLMAs) des **UN-Migrationsnetzwerks**, mit GUFs und anderen Akteuren hat einen Leitfadens für bewährte Verfahren als Aktionsbasis hervorgebracht.
- Unterstützung der GUFs bei der Hervorhebung von **Gewerkschaften, die für die Rechte von LGBTBI+-Personen bei der Arbeit eintreten, einschließlich der Analyse und Zusammenstellung bewährter Verfahren von Gewerkschaften in aller Welt**.

## Pläne für 2022

- Organisation der **4. Weltfrauenkonferenz**.
- **Bemühungen um 15 neue Ratifizierungen von Ü 190 im Jahr 2022** und um die Berücksichtigung von **Ü 190/E206-Bestimmungen in 10 Tarifverträgen und 10 betrieblichen Maßnahmen**.
- Intensivierung der Maßnahmen zur Forderung **nationaler und internationaler Verpflichtungen zur Erhöhung der Investitionen in Arbeitsplätze im Pflegebereich im Rahmen der G20, der IFIs und der UN Mexico Global Care Alliance**; Unterstützung von Gewerkschaftskampagnen für Arbeitsplätze im Pflegesektor in **7 Ländern und Sicherstellung der für den Global Acceleration Plan von UN Women zugesagten Mittel für Arbeitsplätze in der Pflege**, mit Mexiko, Spanien, Schweden, Deutschland und Südafrika als Zielländern.
- **Berücksichtigung der IGB-Forderungen bezüglich eines neuen Sozialvertrages mit Blick auf eine inklusive und resiliente Erholung in den Prioritäten der UN-Kommission für soziale Entwicklung**.
- Fortsetzung der #timefor8-Kampagne mit Blick auf das **Hochrangige Politische Forum für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (HLPF) 2022 und regionale UN-Foren**.
- Mobilisierung der **Mitgliedsorganisationen zugunsten von Lohngleichheit**, um die weltweite Ratifizierung von Ü 100 zu erreichen, und Unterstützung der Mitgliedsorganisationen bei der Durchsetzung existenzsichernder Mindestlöhne und eines universellen Sozialschutzes in 20 Ländern.
- **Ausweitung des Programms für Frauen in Führungspositionen** und **Beginn eines Mentoring-Programms für aufstrebende weibliche Führungskräfte** in unserer Bewegung.
- Mobilisierung von Unterstützung seitens der Regierungen bei Arbeitnehmerforderungen oder zugunsten einer **neuen internationalen Arbeitsnorm bezüglich eines Rahmens für hochwertige Lehrlingsausbildung**. Unterstützung der Mitgliedsorganisationen bei **Organisierungs- und Kampagnenstrategien** zur Durchsetzung von Rechten und Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen in neuen Arbeitsformen.
- Koordination der Forderungen von Mitgliedsorganisationen und GUFs nach einem größeren **Mitspracherecht der Gewerkschaften auf politischer Ebene in Migrationsfragen** im Rahmen des Globalen Paktes der UN für Migration und des International Migration Review Forums im Sommer 2022.
- Vertiefung der **Strategien zur Einbeziehung von anderen nach Gleichstellung strebenden, Rassismus und Ausgrenzung bekämpfenden Gruppen von Beschäftigten** in die auf Erholung und Resilienz abzielenden Maßnahmen: Analyse dieser Gemeinschaften und Unterstützung der Gewerkschaften mit Blick auf das Engagement, die Beteiligung und Organisation dieser Beschäftigten.

### Federführende Abteilung: Gleichstellung

**Eine von drei Personen  
(33%) glaubt, dass Frauen eher mit  
Gewalt und Belästigung bei der Arbeit  
konfrontiert werden.**

WELTWEITE UMFRAGE DES IGB 2021

# Anhang I: Frontlines und Säulen im Überblick

## Frontline-Kampagne

Ein neuer Sozialvertrag für Erholung und Resilienz

**Arbeitsplätze** Sozialschutz für alle  
Ein Mindestmaß an Schutz für Arbeitende Vereinigungsfreiheit  
**Sozialer Dialog** Löhne Lohngleichheit  
**Gestärkte Tarifverhandlungen** Teilhabe von Frauen  
**Gerechte Übergänge**  
UN-Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte  
**Obligatorische Sorgfaltspflicht**

## Frontline-Kampagne

Unsere Arbeit klima- und beschäftigungssicher machen mit gerechten Übergängen

**1,5°C** Menschenwürdige Arbeitsplätze auf einem lebenden Planeten  
**Gerechter Übergang** Netto-Null-Emissionen  
**Klimasichere Industrien** Infrastruktur-Investitionen  
**Staatliche Ambitionen**  
**Transparenz der Investitionen**  
Nationale Entwicklungspläne

## Frontline-Kampagne

Demokratien für die Menschen

**Lebensstandards** Tarifverhandlungen  
**Datenschutz** Vertrauen wiederherstellen  
**Wählen** Rechenschaftspflicht **Zuhören**  
**Vereinigungsfreiheit** Schutz vor Überwachung  
**Streikrecht** Arbeitnehmer Rechte  
**Umwelt** Transparenz Rechtsstaatlichkeit  
**Jobs für Frauen und junge Menschen** Sozialschutz



## 1. Säule: Frieden, Demokratie und Rechte

Themenbe-reiche	Gefährdete Länder	Migration und Sklaverei	Frieden und Abrüstung
<b>Ziele</b>	<ol style="list-style-type: none"><li>1. Demokratische Spielräume einfordern.</li><li>2. Ein Mindestmaß an Schutz für Arbeitende einführen.</li><li>3. Für Sozialschutz für alle eintreten.</li></ol>	<ol style="list-style-type: none"><li>1. Sklaverei beenden</li><li>2. Rechte für Wanderarbeitskräfte.</li></ol>	<ol style="list-style-type: none"><li>1. Vertrag zum Verbot von Atomwaffen tritt in Kraft.</li><li>2. Anerkennung der Rolle der Gewerkschaften bei der Friedensförderung.</li></ol>

## 2. Säule: Regulierung der Wirtschaftsmacht

Themenbe-reiche	Arbeitsplätze, geteilter Wohlstand	Die Macht der Unternehmen	Multilateralismus
<b>Ziele</b>	<ol style="list-style-type: none"><li>1. Ein neuer Sozialvertrag mit einem Mindestschutz für Arbeitende.</li><li>2. Eine Norm für die digitale Wirtschaft.</li><li>3. Gerechte Besteuerung und öffentliche Dienstleistungen.</li></ol>	<ol style="list-style-type: none"><li>1. UN-Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte.</li><li>2. National vorgegebene Sorgfaltspflicht und Zugang zu Abhilfe.</li><li>3. ILO-Übereinkommen zu Lieferketten.</li></ol>	<ol style="list-style-type: none"><li>1. Multilaterale Reformen, einschließlich Arbeitnehmerrechten und Beteiligung der Gewerkschaften.</li></ol>

## 3. Säule: Globale Verschiebungen – Gerechte Übergänge

Themenbe-reiche	Industrieller Wandel und ein gerechter Übergang – Klima	Industrieller Wandel – Zukunft der Arbeit
<b>Ziele</b>	<ol style="list-style-type: none"><li>1. Ein gerechter Übergang für Klimaambitionen durch eine starke Beteiligung/Vertretung der Gewerkschaften bei der Entwicklung nationaler Klimaschutzpläne.</li></ol>	<ol style="list-style-type: none"><li>1. Eine internationale Norm für die Steuerung digitaler Plattformunternehmen.</li><li>2. Schutz vor Überwachung und Kontrolle der Arbeitnehmer über Daten.</li><li>3. Steuervorschriften für die digitale Wirtschaft.</li></ol>

## 4. Säule: Gleichstellung

Themenbe-reiche	Wirtschaftliche Integration von Frauen	Organisieren gegen Diskriminierung und Ausgrenzung
<b>Ziele</b>	<ol style="list-style-type: none"><li>1. Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt.</li><li>2. Beendigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt.</li></ol>	<ol style="list-style-type: none"><li>1. Verstärkte Vertretung marginalisierter Beschäftigter in Gewerkschaften.</li></ol>



# Anhang II: Ziele und Zielvorgaben für nachhaltige Entwicklung – Gewerkschaftsprioritäten

## Ziel 1 - Armut in allen ihren Formen und überall beenden

**1.1** - Bis 2030 die **extreme Armut** - gegenwärtig definiert als der Anteil der Menschen, die mit weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag auskommen müssen - für alle Menschen überall auf der Welt **beseitigen**

**1.2** - Bis 2030 den Anteil der Männer, Frauen und Kinder jeden Alters, die in **Armut** in all ihren Dimensionen nach der jeweiligen nationalen Definition leben, mindestens **um die Hälfte senken**

**1.3** - Den nationalen Gegebenheiten entsprechende **Sozialschutzsysteme** und -maßnahmen für alle umsetzen, einschließlich eines Basisschutzes, und bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen erreichen

**1.4** - Bis 2030 sicherstellen, dass alle Männer und Frauen, insbesondere die Armen und Schwachen, die **gleichen Rechte auf wirtschaftliche Ressourcen** sowie Zugang zu grundlegenden Diensten, Grundeigentum und Verfügungsgewalt über **Grund und Boden** und sonstigen **Vermögensformen**, Erbschaften, natürlichen Ressourcen, geeigneten neuen Technologien und Finanzdienstleistungen einschließlich Mikrofinanzierung haben

**1.5** - Bis 2030 die **Widerstandsfähigkeit der Armen** und der Menschen in prekären Situationen erhöhen und ihre Exposition und Anfälligkeit gegenüber **klimabedingten** Extremereignissen und anderen **wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Schocks** und Katastrophen verringern

**1.b** - Auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene solide politische Rahmen auf der Grundlage **armutsorientierter und geschlechtersensibler Entwicklungsstrategien** schaffen, um beschleunigte Investitionen in Maßnahmen zur Beseitigung der Armut zu unterstützen

## Ziel 3 - Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern

**3.8** - Die **allgemeine Gesundheitsversorgung**, einschließlich der Absicherung gegen finanzielle Risiken, den Zugang zu hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten und den Zugang zu sicheren, wirksamen, hochwertigen und bezahlbaren unentbehrlichen Arzneimitteln und Impfstoffen für alle erreichen

**3.9** - Bis 2030 die **Zahl der Todesfälle und Erkrankungen** aufgrund gefährlicher Chemikalien und der **Verschmutzung und Verunreinigung** von Luft, Wasser und Boden erheblich **verringern**

## Ziel 4 - Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern

**4.1** - Bis 2030 sicherstellen, dass alle Mädchen und Jungen **gleichberechtigt eine kostenlose und hochwertige** Grund- und Sekundarschulbildung abschließen, die zu brauchbaren und effektiven Lernergebnissen führt

**4.3** - Bis 2030 **den gleichberechtigten Zugang aller Frauen und Männer zu einer erschwinglichen und hochwertigen fachlichen, beruflichen und tertiären Bildung** einschließlich universitärer Bildung gewährleisten

## Ziel 5 - Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen

**5.2** - **Alle Formen von Gewalt gegen alle Frauen und Mädchen** im öffentlichen und im privaten Bereich einschließlich des Menschenhandels und sexueller und anderer Formen der Ausbeutung **beseitigen**

**5.4** - **Unbezahlte Pflege- und Hausarbeit** durch die Bereitstellung **öffentlicher Dienstleistungen und Infrastrukturen, Sozialschutzmaßnahmen** und die Förderung geteilter Verantwortung innerhalb des Haushalts und der Familie entsprechend den nationalen Gegebenheiten **anerkennen und wertschätzen**

**5.5** - **Die volle und wirksame Teilhabe von Frauen** und ihre Chancengleichheit bei der Übernahme von Führungsrollen **auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung** im politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben sicherstellen

**5.a** - Reformen durchführen, um **Frauen die gleichen Rechte auf wirtschaftliche Ressourcen** sowie Zugang zu Grundeigentum und zur Verfügungsgewalt über Grund und Boden und sonstige Vermögensformen, zu Finanzdienstleistungen, Erbschaften und natürlichen Ressourcen zu **verschaffen**, im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften

## Ziel 8 - Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern

**8.5** - Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und **menschenwürdige Arbeit für alle** Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen, sowie gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit erreichen

**8.6** - Bis 2020 den Anteil **junger Menschen**, die ohne **Beschäftigung** sind und keine Schul- oder Berufsausbildung durchlaufen, erheblich verringern

**8.7** - Sofortige und wirksame Maßnahmen ergreifen, um **Zwangsarbeit abuschaffen**, moderne Sklaverei und Menschenhandel zu beenden und das Verbot und die Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit, einschließlich der Einziehung und des Einsatzes von Kindersoldaten, sicherstellen und bis 2025 jeder Form von Kinderarbeit ein Ende setzen

**8.8** - Die **Arbeitsrechte schützen** und **sichere Arbeitsumgebungen** für alle Arbeitnehmer, **einschließlich der Wanderarbeitnehmer**, insbesondere der Wanderarbeitnehmerinnen, und der Menschen **in prekären Beschäftigungsverhältnissen, fördern**

**8.b** - Bis 2020 eine **globale Strategie für Jugendbeschäftigung** erarbeiten und auf den Weg bringen und den **Globalen Beschäftigungspakt** der Internationalen Arbeitsorganisation umsetzen

## Ziel 10 - Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern

**10.1** - Bis 2030 nach und nach ein über dem nationalen Durchschnitt liegendes **Einkommenswachstum der ärmsten 40 Prozent** der Bevölkerung erreichen und aufrechterhalten

**10.4** - Politische Maßnahmen beschließen, insbesondere **fiskalische, lohnpolitische und den Sozialschutz betreffende Maßnahmen, und schrittweise größere Gleichheit erzielen**

**10.5** - Die **Regulierung und Überwachung der globalen Finanzmärkte und -institutionen verbessern** und die Anwendung der einschlägigen Vorschriften verstärken

**10.6** - Eine bessere **Vertretung** und verstärkte Mitsprache der Entwicklungsländer **bei der Entscheidungsfindung in den globalen internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen** sicherstellen, um die Wirksamkeit, Glaubwürdigkeit, Rechenschaftslegung und Legitimation dieser Institutionen zu erhöhen

## Ziel 13 - Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen

**13.2** - **Klimaschutzmaßnahmen** in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen einbeziehen

## Ziel 16 - Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen

**16.1** - Alle Formen der **Gewalt** und die gewaltbedingte Sterblichkeit überall deutlich **verringern**

**16.3** - Die **Rechtsstaatlichkeit** auf nationaler und internationaler Ebene fördern und den **gleichberechtigten Zugang aller zur Justiz** gewährleisten

**16.4** - Bis 2030 **illegale Finanz- und Waffenströme** deutlich **verringern**, die Wiedererlangung und Rückgabe gestohlener Vermögenswerte verstärken und alle Formen der organisierten Kriminalität bekämpfen

**16.5** - **Korruption und Bestechung** in allen ihren Formen erheblich **reduzieren**

**16.6** - **Leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und transparente Institutionen** auf allen Ebenen aufbauen.

**16.7** - Dafür sorgen, dass die **Entscheidungsfindung** auf allen Ebenen **bedarfsorientiert, inklusiv, partizipatorisch und repräsentativ** ist

## Ziel 17 - Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen

**17.4** - Den Entwicklungsländern dabei behilflich sein, durch eine koordinierte Politik zur Förderung der Schuldenfinanzierung, der Entschuldung beziehungsweise der Umschuldung die langfristige **Tragfähigkeit der Verschuldung** zu erreichen, und das Problem der Auslandsverschuldung hochverschuldeter armer Länder angehen, um die Überschuldung zu verringern

**17.10** - Ein universales, regelgestütztes, offenes, nichtdiskriminierendes und gerechtes multilaterales Handelssystem unter dem Dach der Welthandelsorganisation fördern, insbesondere durch den Abschluss der Verhandlungen im Rahmen ihrer Entwicklungsagenda von Doha

**17.13** - Die globale **makroökonomische Stabilität** verbessern, namentlich durch Politikkoordinierung und Politikkohärenz

**17.17** - Die Bildung wirksamer öffentlicher, öffentlich-privater und zivilgesellschaftlicher Partnerschaften aufbauend auf den Erfahrungen und Mittelbeschaffungsstrategien bestehender Partnerschaften unterstützen und fördern

